

# Metallarbeiter-Zeitung.

## Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

### Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter.

Ersteinstausch am Samstag.  
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.  
Reichspost-Zeitungsliste Nr. 5047 a.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Schorm.  
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rätestraße Nr. 16b.  
Telephonruf Nr. 8892.

für die sechsgepaltene Colonnelle oder deren Raum 30 Pf.  
Bei Wiederholungen Rabatt.

### Die deutschen Gewerkschaftsorganisationen im Jahre 1902.

Das verfloffene Jahr zeigte eine nur sehr geringfügige Besserung der wirtschaftlichen Konjunktur und doch haben die gewerkschaftlichen Zentralverbände eine nicht unwesentliche Zunahme an Mitgliedern zu verzeichnen. Die Mitgliederzahl stieg von 677 510 im Jahre 1901 auf 733 206 im Jahre 1902. Das ist eine Zunahme von 55 696 oder 8,2 Prozent.

Es sind allerdings im Jahre 1902 drei Verbände in der Statistik neugeführt, doch ist die erfreuliche Mitgliederzunahme nur zum geringen Teil auf den Zutritt dieser Organisationen zurückzuführen. Von diesen drei Verbänden haben die Buchdrucker (Elsaß-Lothringen) 751, die Zivilmusiker 537 und die Notenstecher 289 Mitglieder. Der erstere und letztere Verband haben sich im Vorjahr der Generalkommission angeschlossen, während der Verband der Zivilmusiker neugegründet ist.

Die Mitgliederzunahme ist allerdings nicht in allen Zentralverbänden zu verzeichnen, sondern 16 Verbände haben eine Abnahme von Mitgliedern, die zwar zum Teil nur sehr gering, aber doch recht bedauerlich ist. Von einem Mitgliederverlust wurden betroffen Barbieri, Bauarbeiter, Bildhauer, Böttcher, Formstecher, Gärtner, Glasarbeiter, Handschuhmacher, Kupferschmiede, Lederarbeiter, Porzellanarbeiter, Sattler, Seeleute, Steinarbeiter, Steinseher und Vergolder.

Die Differenz gegenüber der Mitgliederzahl des Vorjahres ist bei den meisten dieser Organisationen so gering, daß es näherer Untersuchung über die Ursachen des Rückgangs nicht bedarf. In der Hauptsache sind es andauernd schlechte Erwerbsverhältnisse, welche dazu führten, daß der Mitgliederbestand einer größeren Zahl von Organisationen sich annähernd auf gleicher Höhe hielt, oder um ein wenig zurückgegangen ist.

Im ganzen läßt sich heute konstatieren, daß die Gewerkschaften in ihrer Gesamtheit so erstarbt sind, daß sie ohne wesentliche Schädigung in ihrem Mitgliederbestand die Periode der wirtschaftlichen Depression zu überdauern vermögen.

Die Mitgliederzahl, welche von einzelnen Verbänden heute erreicht ist, gibt eine Gewähr für den gesicherten Bestand dieser Gewerkschaften. Im Jahre 1902 zählten an Mitgliedern:

Metallarbeiter 128842, Maurer 82223, Holzarbeiter 70390, Bergarbeiter 41894, Textilarbeiter 38158, Fabrikarbeiter 33640, Buchdrucker 33369, (Buchdrucker für Elsaß-Lothringen 751), Zimmerer 24502, Schuhmacher 20583, Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter 19713, Schneider 18680, Tabakarbeiter 17833, Bauarbeiter 16193, Maler 14303, Gasenarbeiter 13832, Brauer 13189, Buchbinder 10207, Töpfer 8627, Porzellanarbeiter 8245, Steinarbeiter 8000, Lithographen 7655, Schmiede 7244, Gemeindebetriebsarbeiter 6127, Maschinisten und Heizer 6070, Böttcher 5736, Glasarbeiter 5643, Bäcker 4760, Tapezierer 4735, Steinseher 4424, Lederarbeiter 4330, Bildhauer 3918, Werftarbeiter 3749, Sattler 3560, Kupferschmiede 3513, Gutsmacher 3232, Handschuhmacher 2987, Dachdecker 2974, Glaser 2772, Seeleute 2598, Stukkateure 2553, Schiffszimmerer 2092, Buchdruckerei-Hilfsarbeiter 1996, Müller 1992, Gastwirtschaftlichen 1978, Handlungsgehilfen 1770, Fleischer 1577, Graveure 1562, Vergolder 1474, Kürschner 1341, Zigarrenfortierer 1120, Konditoren 982, Lagerhalter 862, Zivilmusiker 537, Barbieri 500, Masseur 388, Bureauangestellte 371, Gärtner 312, Formstecher 289, Notenstecher 289.

Nach dem Prozentverhältnis der Organisierten zu den Berufsangehörigen rangieren die Organisationen, wie an anderer Stelle ausgeführt wird, nicht in der gleichen Reihenfolge und ist das Prozentverhältnis in einzelnen Berufen noch überaus gering. Auch ist nicht zu verkennen, daß in einzelnen Organisationen der Wechsel im Mitgliederbestand noch ein ganz bedeutender ist. Zu bessern ist noch viel innerhalb der Gewerkschaften, doch läßt sich einerseits konstatieren, daß unablässig an dem Ausbau und der inneren Befestigung der Gewerkschaften gearbeitet wird und andererseits in den letzten Jahren ungünstiger Wirtschaftskondition der Beweis erbracht ist, daß die Gewerkschaften innerlich so weit erstarbt sind, daß ihr Bestand auch während der wirtschaftlichen Depression nicht erschüttert werden kann, wie dies im Anfang der neunziger Jahre zu befürchten stand. Bei Abschluß des Berichts für 1901 waren wir noch besorgt, daß auch im Jahre 1902 ein Rückgang der Mitgliederzahl eintreten würde. Um so erfreulicher ist die Tatsache, daß die gewerkschaftlichen Zentralverbände allein über 55 000 Mitglieder im letzten Jahre gewonnen haben.

| Jahr | Zentral-Organisat. | Mitgliederzahl | Davon weibliche Mitglieder | In-Localvereinen zirka | Zusammen | Kassenbestand der Zentralverbände M. |
|------|--------------------|----------------|----------------------------|------------------------|----------|--------------------------------------|
| 1891 | 62                 | 277 659        | —                          | 10 000                 | 287 659  | 425 845                              |
| 1892 | 56                 | 287 094        | 4 855                      | 7 640                  | 294 734  | 646 415                              |
| 1893 | 51                 | 223 530        | 5 384                      | 6 280                  | 229 810  | 800 579                              |
| 1894 | 54                 | 246 494        | 5 251                      | 5 550                  | 252 044  | 1 319 295                            |
| 1895 | 53                 | 259 157        | 6 607                      | 10 781                 | 269 956  | 1 640 437                            |
| 1896 | 51                 | 329 230        | 15 265                     | 5 858                  | 335 088  | 2 323 878                            |
| 1897 | 56                 | 412 959        | 14 644                     | 6 808                  | 419 767  | 2 951 425                            |
| 1898 | 57                 | 498 742        | 18 481                     | 17 500                 | 516 242  | 4 378 518                            |
| 1899 | 55                 | 580 473        | 19 280                     | 15 946                 | 596 419  | 5 677 547                            |
| 1900 | 58                 | 680 427        | 22 844                     | 9 860                  | 690 287  | 7 745 902                            |
| 1901 | 57                 | 677 510        | 23 699                     | 9 360                  | 686 870  | 8 798 833                            |
| 1902 | 60                 | 733 206        | 28 218                     | 10 090                 | 743 296  | 10 253 559                           |

Die Kirch-Dunkerschen Gewerkschaften stiegen von 96 765 (1901) auf 102 851 (1902) Mitglieder, ihr Vermögensstand betrug im Jahre 1902 3 220 970 Mk.\* ihre Jahreseinnahme 800 434 Mk., die „christlichen“ Gewerkschaften hatten keinen Zuwachs zu verzeichnen, sie notierten 84 667 Mitglieder im Jahre 1901, 84 652 im verfloffenen Jahre, ihre Jahreseinnahme betrug 466 910 Mk., ihr Kassenbestand bloß 335 086 Mk. Daneben gibt es „unabhängige christliche Gewerkschaften“, deren Mitgliederbestand 1901 90 412, 1902 105 248 betrug, ihre Jahreseinnahme wird mit 356 954 Mk., ihr Kassenbestand mit 237 563 Mk. festgestellt. Die Mitgliederzahl einer Reihe weiterer unabhängiger Vereine wuchs von 1901 bis 1902 von 49 651 auf 56 595, die Angaben über Einnahmen und Kassenbestand sind zu lückenhaft, um angeführt zu werden. Insgesamt ergibt sich für alle deutschen Gewerkschaftsorganisationen eine Zunahme in der Mitgliederzahl von 1 008 365 im Jahre 1901 auf 1 092 642 im Jahre 1902, somit ein Gewinn von 84 277 der Organisation neu zugeführten Arbeitern. Die Jahreseinnahmen betragen im Jahre 1902 zirka 13 Millionen Mark, der Kassenbestand über 14 Millionen Mark.

Da unsere Berufszählung schon 7 Jahre zurückliegt, ist das Verhältnis der organisierten zu berufstätigen Arbeitern in jedem Gewerbe nicht gut festzustellen beziehungsweise nur mit Vorbehalt zu betrachten. Es waren 17,29 Prozent der männlichen, 3,13 Prozent der weiblichen, 14,42 Prozent aller Arbeiter organisiert. Unter den männlichen Arbeitern weisen die günstigsten Verhältniszahlen auf die Buchdrucker (89,48 Prozent), die Bildhauer (65,30 Prozent), die Handschuhmacher (62,88 Prozent), die Kupferschmiede (54,10 Prozent), die Lithographen und Steindrucker (53,92 Prozent), die Glaser (44,51 Prozent), die Steinseher (43,20 Prozent) und die Gasenarbeiter (40,51 Prozent). Verhältnismäßig die meisten Arbeiterinnen sind organisiert bei den Schuhmachern (20,29 Prozent) und bei den Buchbindern (20,2 Prozent). Die meisten Zweigvereine (Filialen) besitzen die Buchdrucker 1139, die Maurer 787, die Holzarbeiter 610, die Metallarbeiter 487, die Zimmerer 464, die Fabrik- und gewerblichen Arbeiter 373, die Tabakarbeiter 337, die Bergarbeiter 322. Drei Organisationen haben Jahreseinnahmen von mehr als eine Million Mark. Die Buchdrucker 1 810 371,37 Mk., die Metallarbeiter 1 567 433,67 Mk., die Maurer 1 544 590,75 Mk., hierauf folgen die Holzarbeiter mit 977 439,58 Mk., dann die Zimmerer mit 490 092 Mk. Den Hauptanteil des Vermögens hat der Buchdruckerverband mit 3 824 985,61 Mk., hierauf folgen die Maurer mit 1 309 105,65 Mk., dann die Holzarbeiter mit 803 775,90 Mk., die Metallarbeiter mit 702 938,87 Mk., die Zimmerer mit 419 111 Mk.

| Verbandsorgan                        | Betrag      |
|--------------------------------------|-------------|
| Verbandsorgan                        | 798 430 Mk. |
| Agitation                            | 390 588     |
| Streikunterstützung                  | 1 888 983   |
| anderer Verufe                       | 41 346      |
| Rechtsschutz                         | 93 485      |
| Gemäßregeltes-Unterstützung          | 250 661     |
| Reiseunterstützung                   | 708 777     |
| Arbeitslosenunterstützung            | 1 598 022   |
| Krankenunterstützung                 | 788 875     |
| Invalidenunterstützung               | 1 54 398    |
| Unglückslofen, Sterbegelder u.       | 250 129     |
| Stellenvermittlung                   | 5 450       |
| Bibliotheken                         | 7 066       |
| Sonstige Ausgaben                    | 288 114     |
| Konferenzen und Generalversammlungen | 144 733     |
| An die Generalkommission             | 75 753      |
| Projektkosten                        | 1 863       |
| Gehälter                             | 250 415     |
| Bewaltungsmaterial                   | 267 739     |

\* Dieses Vermögen setzt sich zusammen aus 1 289 529,62 Mk. der Gewerkschaftskassen, 1 258 704 Mk. der Kranken- und Begräbniskassen und 672 736,93 Mk. der Begräbniskassen (siehe Gewerkschaften Nr. 21 vom 22. Mai 1903). Das Vermögen der Kranken- und Begräbniskassen kann aber für gewerkschaftliche Zwecke nicht in Anspruch genommen werden, es haben darauf nicht die Gewerkschaften als solche einen Anspruch, sondern nur deren Mitglieder, soweit sie zugleich Mitglieder dieser Krankenkassen u. sind. Red. d. M.-Stg.

Den Zahlstellen verblieben 1 990 270 Mk. Neben Gewerkschaften die 50 Prozent des Beitrags wie die Gemeindebetriebsarbeiter, 40 Prozent wie die Barbieri, 33 1/3 Prozent wie die Fabrikarbeiter, Fleischer, Gastwirtschaftlichen, Gasenarbeiter und Vergolder den Filialen belassen, werden bei den reichsländischen Buchdruckern nur 2 Prozent, bei den altdeutschen Buchdruckern, Lederarbeitern und Gutmachern bloß 3 Prozent, bei den Glasarbeitern, Handschuhmachern und Schmieden nur 5 Prozent der Beiträge am Orte verwendet.

Die Jahreseinnahme der Organisation pro Kopf des Mitglieds beträgt bei den Notenstechern 73,40 Mk., bei den altdeutschen Buchdruckern 54,25 Mk., bei den reichsländischen Buchdruckern 43,70 Mk., bei den Bildhauern 39,99 Mk., bei den Kupferschmieden 24 Mk., dann bei den Handschuhmachern, Zigarrenfortierern, Lithographen und Steindrucker 22 Mk., dagegen bei den Fleischern bloß 5,77 Mk., bei den Masseuren 6,33 Mk., bei den Fabrikarbeitern 7,32 Mk., bei den Buchdruckereihilfsarbeitern 7,58 Pfg., bei den Maschinisten 7,64 Mk., bei den Gemeindehilfsarbeitern 7,86 Mk., bei den Bergarbeitern 7,93 Mk.

Die Ausgaben für Agitation betragen bei den Handlungsgehilfen 2,80 Mk., Barbieren 2,08 Mk., bei den Gärtnern 1,99 Mk., bei den Bäckern 1,90 Mk., bei den Gastwirtschaftlichen 1,26 Mk., bei den Handels-, Transport- und Verkehrsarbeitern 1,20 Mk., bei den Zimmerern 1,05 Mk. pro Kopf des Mitglieds, bloß die Notenstecher haben nichts für die Agitation verausgabt, die übrigen Organisationen zwischen 1,99 Mk. pro Kopf des Mitglieds. Die Streiklofen waren am höchsten bei den Bauarbeitern, sie betragen pro Kopf des Mitglieds 8,63 Mk. bei den Zimmerern, 8,30 Mk. bei den Bauhilfsarbeitern, 5,88 Mk. bei den Maurern, 4,32 Mk. bei den Töpfern, 3,93 Mk. bei den Steinarbeitern, 3,86 Mk. bei den Dachdeckern, 1,19 Mk. bei den Stukkateuren, 1 Mk. bei den Steinsehern; hohe Streiklofen verzeichneten ferner pro Mitglied die Handschuhmacher mit 4,97 Mk., die Textilarbeiter mit 4,94 Mk., die Porzellanarbeiter mit 3,97 Mk., die Lederarbeiter mit 3,94 Mk., die Buchdrucker mit 3,86 Mk., die Zigarrenfortierer mit 3,08 Mk., die Bildhauer mit 2,61 Mk., die Schneider mit 1,92 Mk., die Holzarbeiter mit 1,74 Mk., die Glasarbeiter mit 1,31 Mk., die Schiffszimmerer mit 1,22 Mk., die Gutmacher mit 1,11 Mk., die Schuhmacher mit 1,08 Mk. Keine Ausgaben für Streiks im eigenen Berufe hatten die Bergarbeiter, die reichsländischen Buchdrucker, die Bureauangestellten und die Zivilmusiker, Fleischer, Formstecher, Gastwirtschaftlichen, Gemeindebetriebsarbeiter, die Konditoren, Kürschner, Lagerhalter, Masseure, Notenstecher, Seeleute. Alle übrigen Organisationen hatten Ausgaben für Streiks von weniger als 1 Mk. pro Jahr. Die Ausgaben für Rechtsschutz waren bei einzelnen Organisationen sehr hoch, so 43 Pfg. auf den Kopf bei den Gärtnern, 35 Pfg. bei den Bau- und Bergarbeitern, 31 Pfg. bei den Gemeindebetriebsarbeitern, 30 Pfg. bei den Lagerhaltern, 26 Pfg. bei den Brauern, 25 Pfg. bei den Zimmerern, 23 Pfg. bei den Handels- und Transportarbeitern und bei den Maurern. Die elsass-lothringischen Buchdrucker, die Buchdruckereihilfsarbeiter, die Zivilmusiker, Formstecher, Graveure und Ziseleure, Kürschner, Masseure, Notensteher, Schiffszimmerer, Seeleute, Tapezierer und Zigarrenfortierer hatten keine Ausgaben für Rechtsschutz.

In Gemäßregeltesunterstützungen kamen auf den Kopf des Mitglieds bei den Tabakarbeitern 1,05 Mk., bei den Glasarbeitern 73 Pfg., bei den Vergoldern 71 Pfg., bei den reichsländischen Buchdruckern und bei den Handels-, Verkehrs- und Transportarbeitern 64 Pfg., bei den Textilarbeitern 60 Pfg., bei den Metallarbeitern 51 Pfg. u. s. w. Die höchste Reiseunterstützung auf jedes Mitglied verzeichneten die Kupferschmiede mit 11,24 Mk., dann folgen die deutschen Buchdrucker mit 9,20 Mk., die reichsländischen Buchdrucker mit 6,16 Mk., die Lederarbeiter mit 3,46 Mk., die Bildhauer mit 2,47 Mk., die Lithographen und Steindrucker mit 2,44 Mk., die Formstecher mit 2,17 Mk., die Steinarbeiter mit 1,87 Mk., die Böttcher mit 1,23 Mk., die Glaser mit 1,21 Mk., die Tabakarbeiter mit 1,20 Mk., die Sattler mit 1,13 Mk., die Metallarbeiter mit 1,05 Mk. Eine Reihe anderer Verbände hatten weniger wie 1 Mk. für Reiseunterstützung pro Kopf des Mitglieds verausgabt, andere rechneten die Reiseunterstützung als Arbeitslosenunterstützung.

Von 60 Zentralverbänden zählten 27 Arbeitslosenunterstützung aus, am meisten die Bildhauer mit 23,57 Mk., dann folgten die altdeutschen Buchdrucker mit 17,30 Mk., die Handschuhmacher mit 16,18 Mk., die Zigarrenfortierer mit 10,45 Mk., die Kupferschmiede mit 9,57 Mk., die Formstecher mit 8,58 Mk., die Lithographen und Steindrucker mit 7,07 Mk., die Gutmacher mit 6,81 Mk., die Porzellanarbeiter mit 6,08 Mk., die Glasarbeiter mit 5,63 Mk. In 18 Organisationen wird Krankengeld, in fünf Invaliden-

geld, in 49 Umzugskosten beziehungsweise Beihilfe in Sterbe- und Notfällen ausbezahlt. Wir können leider nicht auf all' die vielen wertvollen Einzelheiten eingehen, die in der reichhaltigen von Legien im Korrespondenzblatt veröffentlichten Statistik enthalten sind.

Freudlicherweise ist zu konstatieren, daß die weiblichen Mitglieder von 23699 im Jahre 1901 auf 28218 im Jahre 1902, also um 4519 oder 19 Prozent gewachsen sind, während die Zahl der männlichen Mitglieder sich nur um 8,2 Prozent in diesem Zeitraum vermehrte.

Im Verband der Buchbinder sind zwar 20,26, bei den Schuhmachern 20,29, den Buchdruckerhilfsarbeitern 14,94 und den Metallarbeitern 13,22 Prozent der im Beruf tätigen Arbeiterinnen für die Organisation gewonnen.

Table with 5 columns: Organisations, Zahl der weiblichen Mitglieder (1901, 1902), Zunahme, Abnahme, von den weiblichen Angehörigen sind organisiert in Prozenten. Lists various professions like Brauer, Buchbinder, Buchdruckerhilfsarbeiter, etc.

Insgesamt hatten die Gewerkschaften im Jahre 1902 eine Einnahme von 1109774 Mk. und eine Ausgabe von 10253559 Mk. An Bestand verblieben in den Kassen 10253559 Mk. Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich die Einnahme um 1375024 Mk., die Ausgabe um 1038360 Mk. und der Kassenbestand um 1455227 Mk.

Daß in diesen Ziffern nicht die ganze Einnahme enthalten ist, welche die Gewerkschaften haben, ist bekannt. Es fehlen darin in Einnahmen und Ausgaben, welche in den Zweigvereinen gemacht werden, bei Fonds, die nicht der Kontrolle der Zentralleitung unterstehen.

vereine an Beiträgen und Eintrittsgeldern erreichte. Diese interessanten Vergleiche tragen hoffentlich dazu bei, daß in den späteren Jahren Angaben für die Lokalfonds in allen Verbänden gemacht werden, so daß ein vollständiger Ausweis über die Opfermüdigkeit der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter erbracht werden kann.

Table with 10 columns: Organisation, Einnahme, Arbeitslosenunterstützung, Krankheitsunterstützung, Sonstige Unterst. d. Arbeitslosen, Streiks, Arbeitsnachweise, Bibliotheken, Kartelle, Sekretariate. Includes a summary row at the bottom.

Der Rückgang der Metall- und Maschinenindustrie.

Unverkennbar ist die allgemeine Wirtschaftslage in diesem Jahre eine bessere als sie im Vorjahr war, und unverkennbar ist, daß an der eingetretenen Besserung auch die Eisen-, Metall- und Maschinenindustrien ihren Anteil haben.

Table with 4 columns: Sektoren, Betriebe, Arbeiter, 1900, 1901, 1902. Lists sectors like Berlin, Brandenburg, Pommern, Ost- u. Westpreußen.

In bezug auf die Zahl der Betriebe kann, wie der Vergleich zeigt, von einem Rückgang nicht die Rede sein, im Gegenteil ist sie um 794 gestiegen. Aber es handelt sich dabei nicht um eine Weiterentwicklung der Metall- und Maschinenindustrie, sondern diese Betriebsvermehrung, die fast zur Hälfte — 373 — auf Berlin allein entfällt, ist auf die Ausdehnung der Versicherungspflicht auf neue Betriebskategorien zurückzuführen.

Die einzelnen Berichte enthalten wenige bezügliche Angaben. Die Berliner Aktiengesellschaft für Eisengießerei und Maschinenfabrikation (früher Freund & Cie.) teilt mit, daß in der Eisengießerei 324 Arbeiter gegen 435 im Jahre 1901 in der Maschinenbauabteilung 108 gegen 130, in beiden Abteilungen also 133 Arbeiter weniger beschäftigt waren.

gestellt werden kann." Diesen Grundrissen, heißt es dann weiter, haben wir es zu verdanken, daß das Geschäft, wenn auch zeitweilig stöckend und wenn auch im Abfall wesentlich durch die oben geschilderten Verhältnisse (Erhöhung der Vertriebskosten zc.) beeinflusst, sich noch verständig bringend für uns auch im Jahre 1902 gestaltet hat.

Einen weiteren Beweis für die Richtigkeit dieser Auffassung erbringt auch die Aktiengesellschaft Hein, Lehmann & Cie. Sie klagt über ungenügende Beschäftigung wie über die gedrückten Preisverhältnisse, aber der Bericht schließt: "Wir beschäftigen zwar auch in diesem Jahre unser ganzes Beamtenpersonal weiter, ohne in Bezug auf Zahl und Höhe der Gehälter Einschränkungen eintreten zu lassen."

Aus der Industrie für Kupfer- und Messingwaren wird berichtet: "Das Verhältnis zu den Arbeitern war zufriedenstellend. Arbeitseinstellungen sind nicht bekannt geworden. Das Angebot von Arbeitskräften war ausreichend."

Über die "hohen Preise", das heißt die Ausgaben für unproduktive Zwecke beklagen sich verschiedene Berichte, mit anderen Worten die Kapitalisten klagten über das Elend des Kapitalismus, an den sie sich aber unverständiger Weise trotz alledem festklammern.

Über auch über andere "Schönheitsfehler" der heutigen Ordnung der Dinge wird noch geklagt. So ist in russisch-Polen infolge der in Preußen zum Regierungsprogramm gehörigen Polenhege über die deutschen Fabrikate der Boykott verhängt worden, wovon besonders die landwirtschaftlichen Maschinen betroffen wurden.

Eine weitere Klage richtet sich gegen die verderbliche Preispolitik der Syndikate. So heißt es darüber in dem bereits an anderer Stelle zitierten Bericht der Firma Hein, Lehmann & Cie., Aktiengesellschaft: "Ungünstig haben die entstandenen Syndikate auf den Export gewirkt, da bei den hohen Inlandspreisen für Bleche und Stabeisen, auf die verhältnismäßig geringe Exportprämien gewährt wurden, ein Export sehr erschwert war; so wurden zum Beispiel von England verzinkte Wellbleche, 0,5 bis 0,7 Millimeter stark, franko Antwerpen billiger angeboten, als wir hier in Berlin rote Bleche vom Feinblechsyndikat einkaufen konnten."

„Besserung vorhanden.“ Der Bericht über „Kupfer- und Messingwaren“ r. adet sich gegen das Kohlenyndikat: „Der Umstand, daß nach dem Ausland zu wesentlich billigeren Preisen als im Inland verkauft wird, trägt dazu bei, unser Exportgeschäft zu schädigen.“

Schwere Sorgen verursacht den Unternehmern die Zollpolitik und die Zukunft der Handelsverträge, woran das Staatsfischereiverbrechen der Rote Karbonat die Schuld trägt. So heißt es in dem Bericht über „Geldschränke und Zollerlöse“: „Bei der Ungewißheit, die über den Abschluß der neuen Handelsverträge vorherrscht, geht die Berliner Geldschränkindustrie mit schweren Herzen in das neue Jahr hinein.“ In einem anderen Bericht wird gesagt: „Die Lampenbranche muß den dringendsten Wunsch hegen, daß ihr die Exportmöglichkeiten durch günstige Handelsverträge erhalten bleiben und verbessert werden; sie behauptet, daß die Aussicht darauf durch den neuen deutschen Zolltarif so sehr beeinträchtigt worden ist.“ Maschinenfabrik G. Becker: „Von großer Wichtigkeit ist auch für diese Branche das Zustandekommen günstiger Handelsverträge, namentlich mit Rußland und Österreich.“ Aber gerade da stehen die wahnwitzigen Minimalgetreidezölle hindernd im Wege. Kommt es darüber zum Zollkrieg, so muß die Folge daran die Erschütterung und Sprengung des ganzen effektiven Schutzsystems sein.

Zum Schluß soll nicht unerwähnt bleiben, daß in verschiedenen Berichten auch von eingetretener Besserung, guter Beschäftigung, befriedigenden Preisen und Vermehrung der Arbeiterzahl berichtet wird. So zum Beispiel liegt in der Lokomotivfabrik Wilsbau der Berliner Maschinenbau-Aktiengesellschaft vormals Schwarzkopff, die Zahl der Arbeiter und Beamten von 860 im Jahre 1901 auf rund 1200 und es wird dazu bemerkt: „Die Anlage hat sich voll bewährt und die von uns auf Grund der verbesserten Arbeitsmethoden erwartete Verbilligung der Herstellungskosten ist eingetreten.“ Die Löhne hätten in fast unveränderter Höhe fortbestanden. Um wie viel wurden sie herabgesetzt? Die Aktiengesellschaft Eckert konnte die Zahl der beschäftigten Arbeiter, die im Jahre 1901 erheblich reduziert worden war, wieder auf die frühere Höhe bringen. Ähnliches wird von noch mehreren anderen Unternehmungen berichtet.

Die Lohnverhältnisse gestalteten sich nach den Lohnangaben der Berufsgenossenschaft folgendermaßen:

| Provinz              | Lohnsumme in Millionen Mark |       | Jahresdurchschnittslöhne in Mark |      |      |
|----------------------|-----------------------------|-------|----------------------------------|------|------|
|                      | 1902                        | 1901  | 1902                             | 1901 | 1900 |
| Berlin . . . . .     | 47,66                       | 51,13 | 1167                             | 1063 | 1128 |
| Brandenburg . . .    | 13,20                       | 13,98 | 855                              | 816  | 819  |
| Pommern . . . . .    | 14,19                       | 15,03 | 938                              | 949  | 914  |
| Ost- und Westpreußen | 14,44                       | 14,64 | 841                              | 826  | 833  |
| Total                | 89,50                       | 94,20 | 1007                             | 1003 | 989  |

Die gesamte Lohnsumme ist darnach im Jahre 1902 um 5 Millionen Mark zurückgegangen, die durchschnittlichen Jahreslöhne sind dagegen mit Ausnahme der Sektion Pommern etwas gestiegen, ebenso der gesamte Durchschnitt um 4 Mk. Diese kleine Veränderung ist offenbar auf die Unterstellung zahlreicher kleinerer Betriebe mit vorwiegend qualifizierten und daher besser bezahlten Arbeitern zurückzuführen. An sich sind diese Lohnverhältnisse sehr verbesserungsbedürftig.

Ein deutscher Stahlwerkverband.

Als den treibenden Faktor der Kartellentwicklung innerhalb der deutschen Eisenindustrie kann man für die letzten Jahre die zunehmende amerikanische Wettbewerbsfähigkeit bezeichnen. Im Jahre 1898 war die Invasion amerikanischer Stahl- und Eisenprodukte in Europa so groß, daß sich die deutschen Eisenindustriellen und ihre Fachpresse eingehend mit der Frage beschäftigten, wie es Amerika möglich sei, trotz unserer hohen Schutzzölle Eisen und Eisenprodukte in so großen Mengen bei uns abzusetzen, und wie sich die deutsche Industrie gegen diese Invasion schützen könne. Während noch vor dem Jahre 1898 die Interessen von hohem Range herab auf die Entwicklung der amerikanischen Eisenindustrie schauten und nicht im mindesten Anstalten trafen, der drohenden Gefahr zu begegnen oder auch nur der Entwicklung der amerikanischen Konkurrenz Aufmerksamkeit zu beweisen, trat von 1898 ab ein fast beängstigender Umschwung ein, der teilweise sogar zu einer pessimistischen Beurteilung der Lage der deutschen Eisenindustrie führte. Jedenfalls sah man aber die Notwendigkeit ein, Maßnahmen gegen die amerikanische Konkurrenz zu treffen. Die ersten Vertreter der rheinisch-westfälischen und ober-sächsischen Eisen- und Stahlindustrie kamen zu vertraulichen Besprechungen zusammen, um sich über die Art und Weise der Verteidigung gegen die amerikanische Konkurrenz zu einigen. Angesichts der verschiedenen Interessen, der Schwerfälligkeit des deutschen Unternehmertums, endlich seiner geringen Aktionslust wurde ein prinzipielles Verständnis über die Art des Vorgehens nur schwer erzielt. Man kam eigentlich über die Betonung der Unentbehrlichkeit der Deutschen nicht hinaus. Man erkannte zwar als weitere Aufgabe an, sämtliche deutschen Stahlwerkverbände sowie die verschiedenen Produktionsarten der Eisenindustrie in einen engeren gegenseitigen Zusammenhang zu bringen. Als Verteidigungsmittel wurde auch die Einigung zu Exportbüros der verschiedenen Syndikate und die internationale Organisation für Erlangung von Waffenlieferungen nach dem Ausland als unentbehrlich und unaufschiebbar bezeichnet. Wie schwer es aber gerade in der Zeit der Hochkonjunktur wurde, eine solche Einigung anzubahnen, das geht daraus hervor, daß in den Berichten über die damaligen Verhandlungen betont wurde, die Hauptschwierigkeit der Einigung hätte darin gelegen, daß die Verkaufs- und Preiskonjunktur für eine längere Zeit noch sehr gut gewesen wäre. Auch erklärte man die Langsamkeit des Vorgehens innerhalb der deutschen Eisenindustrie mit der großen Abhängigkeit unserer ersten Industrienwerke von der Berliner Finanz, die sich kräftigte, Geld für eine Aktion gegen die amerikanische Konkurrenz flüssig zu machen. Zu dem geplanten Zusammenschluß der Verbände und Syndikate ist es daher damals noch nicht gekommen. Infolge des Aufschwunges der wirtschaftlichen Konjunktur in den Vereinigten Staaten ging auch alsbald die Gefahr der drohenden Invasion amerikanischer Eisens wieder vorüber. So schlummerte der Plan einer engeren Kartellierung des deutschen Eisengewerbes bis zum Eintritt der Krise im Jahre 1900, die dann das Eisengewerbe mit am stärksten betroffen hat. Die zahlreichen einzelnen Verbände erhielten in Differenzen, die teilweise schwer, teilweise auch gar nicht ausgeglichen werden konnten. Später wurden zwischen mehreren Verbänden, zu denen auch diejenigen des Kohlenbergbaues gehörten, wenigstens über die Ausführungsverhältnisse eine Einigung erzielt, die die Errichtung einer Abrechnungsstelle für die Ausfuhr im vorigen Jahre zur Folge hatte. Doch auch dadurch war kein befriedigender Zustand geschaffen. Im Gegenteil, immer mehr wurde das Ausland durch Lieferung billigen deutschen Eisens zum Nachteil der inländischen Fertigungsindustrie begünstigt. Die gegenseitigen Reibungen unter den Verbänden und innerhalb der einzelnen Verbände selbst

fährten allmählich zu dem Plane einer organischen Verschmelzung der vielen Einzelverbände in der deutschen Eisenindustrie. Aktuell wurde der Plan, als im Herbst vorigen Jahres die Preisvereinbarung der Stahlwerke in die Brüche ging, und der ganze Stabelfennmarkt auf eine sehr tiefe Stufe herabsank, damals stellten sich einige energische und zielbewusste Eisenindustrielle an die Spitze der Bewegung zur Verwirklichung eines großen Eisentartells. In Düsseldorf wurde als Abteilungsstelle des Halbzweckverbandes ein ständiges Bureau gebildet, das die Vorarbeiten und Vorverhandlungen mit den einzelnen Werken zu besorgen hatte. An der Entwicklung der amerikanischen Industrie hatte man gelernt, die großen Werke als ausschlaggebenden Faktoren für Kartellbildungen anzusehen. Man verfolgte daher von vornherein als einziges Ziel, die großen Werke der deutschen Eisengewerbe mit Ausschluß der kleineren zu vereinigen. In Juni dieses Jahres waren die Vorarbeiten so weit vorgeschritten, daß man an eine Feststellung der Beteiligungsziffern der in Betracht kommenden Werke herantreten konnte. Wie im einzelnen der Verband gestaltet werden soll, ist noch nicht bekannt geworden. Aus verschiedenen Zeitungsnachrichten geht hervor, daß zunächst die Rohstoff- und Halbzweckverbände vereinigt werden sollen und dann die neue Vereinigung in feste Beziehungen zu den Fertigverbänden, die vorläufig ihre Selbstständigkeit beibehalten, gebracht werden soll. Die Absicht der Gründer des Verbandes ist auch, das Ausfuhrgeschäft zu regeln und die Organisation ausländischer Ausfuhrstellen vorzubereiten. Das Vorbild zu den Feinblechverbänden, dessen Erfahrungen auf dem Gebiet der Exporttätigkeit der Stahlwerkverband sich zu nutze machen will. Der Verband soll als Aktiengesellschaft wie das rheinisch-westfälische Eisen- und Stahlwerk in Dortmund, Bochumer Verein, Krupp, Gute Hoffmannshütte, Thyssen, Rheinische Stahlwerke, Rote Erde-Machen, Hördt, die Westfälische Stahlwerke in Bochum, Duisburger Eisen- und Stahlwerke, Gaspel Eisen- und Stahlwerke; von den Saarwerken: de Wendel und Stumm; in Mitteldeutschland die Peiner Werke; in Ober-Sachsen die Laurahütte und Friedenshütte. Aus dieser Liste ersehen man, daß in der Tat nur die größten Werke sich zur Kartellierung des Eisengewerbes die Hände reichen. Sind sich diese erst einmal nach jeder Richtung hin einig, dann wird es für die übrigen Betriebe schwer, wenn nicht unmöglich werden, ihre speziellen Interessen innerhalb des neuen Verbandes berücksichtigt zu sehen. Es heißt dann für sie, entweder bedingungslos in den Verband eintreten, oder außerhalb desselben von der Konkurrenz des neuen Verbandes niedergedrückt werden. Vielleicht, daß der neue Verband auch dazu übergeht, die leistungsschwachen Betriebe aufzukaufen und stillzulegen. Auch hierin würde der neue Verband nur dem Muster amerikanischer Kartellierung folgen. Daß vom Standpunkt des Arbeiters aus der neue Verband große Aufmerksamkeit erheischt, ergibt sich schon daraus, daß durch den Zusammenschluß der deutschen Stahlwerke die Beschäftigungsverhältnisse im Durchschnitt sämtlicher Betriebe sich gleichartiger gestalten werden. Von einer Zentralstelle aus wird der Stand des Beschäftigungsgrades mehr oder weniger reguliert werden. Was nun aber die Bedeutung des Verbandes für die zukünftige Entwicklung der deutschen Eisenindustrie betrifft, so ist gar keine Frage, daß die Leistungsfähigkeit dem Ausland gegenüber wesentlich erhöht, daß die inländische Konkurrenz fast gänzlich beseitigt und die Möglichkeit einer einheitlichen und zielbewussten Preis- und Exportpolitik geschaffen wird. Wenn der deutsche Stahlwerkverband auch noch lange nicht dem entwickelten Typus eines amerikanischen Trusts entspricht, so bildet er doch eine Entwicklungsstufe eines solchen Gebildes, soweit eben in Deutschland nach den gegebenen Verhältnissen eine solche Zusammenfassung einzelner bisher selbstständigen Betriebe zur Zeit möglich ist.

Gewerkverein und Metallarbeiterverband.

Die Hirsche haben uns in der Nr. 33 des Regulator einen Leitartikel geschickt. Warum? Wegen des folgenden Briefes, den ich im Auftrag der hiesigen Ortsverwaltung an den Generalkrat des Gewerkevereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter sandte:

Berlin, den 1. August 1903.

An den Generalkrat des Gewerkevereins der deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter.

„Seit den Verhandlungen vor dem Berliner Gewerbegericht, in Sachen des Streikes bei der Firma Mehlisch, sind nunmehr drei Wochen vergangen. Der Streik ist, wie Ihnen bekannt sein dürfte, inzwischen auf Beschluß der Streikenden aufgehoben und haben Sie sich damit die Möglichkeit genommen, das an den Streikenden begangene Unrecht wieder gut zu machen.“

Damit fällt auch das Interesse, das wir an einer Verständigung mit Ihnen hatten, fort und ist der vereinbarte Waffenstillstand als beendet zu erklären.

Eine Organisation, die sich detartiges, wie die Ihrige bei Mehlisch zu Schulden kommen läßt, ohne die sich bietende Gelegenheit zu benutzen, die begangenen schweren Fehler wieder gut zu machen, bietet keine Gewähr der Zuverlässigkeit und wird von uns als nichtvertragfähig angesehen.

Im Auftrag der Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes: Adolf Cohen.“

Dieser Brief hat die Milch der frommen Denkungsart bei den Hirschen in gährendes Drachenblut verwandelt. Wütend raubend ersehen sie aus dem Briefe, daß sie mit ihrem Streikbruch bei Mehlisch das Gegenteil von dem erreicht haben, was sie angeblich erreichen wollten. Die Herren wollten uns zwingen (wennigstens sagen sie so), ihnen mehr Konzessionen als Organisation zu machen, als ihnen auf Grund ihrer Stärke zukam. Und erzielt haben sie, daß wir ihnen nicht einmal mehr die Konzession wie bislang machen. Wir rechnen mit den Hirschen von jetzt an nur noch wie mit Streikbrecherassistenten. Diese Einschätzung haben die Herren sich durch ihr Verhalten zugezogen.

Einiges möchte ich noch zu den Ausführungen im erwähnten Leitartikel bemerken. Die Herren sagen, sie hätten die Vereinbarung des Waffenstillstandes unangehalten. Das ist nicht wahr. Mehrere Tage nach den Verhandlungen war ich in Küstrin in einer Versammlung. Die dortigen Hirsche hatten sich aus Berlin den Herrn Sawiltschek verschrieben, und der schneit die Frage von Mehlisch an. Auf meine Frage, ob er (Sawiltschek) denn nicht wisse, daß in Sachen Mehlisch ein Waffenstillstand vereinbart sei, sagte der Mann: nein, davon wisse er nichts. Dieser Fall, dem noch ein halbes Duzend anderer hinzugefügt werden könnten, beweist, wie die Herren den Waffenstillstand gehalten haben. Wenn von meinen Kollegen in den verschiedenen Versammlungen erklärt wurde, ich hätte die Versicherung nur für meine Person abgegeben, so tritt das durchaus zu. Sollte Herr Schumacher oder Herr Mauch etwas anderes behaupten, dann sprechen sie damit eine Lüge aus. Ich erjuche die Herren, mich wegen dieser Worte, die ich zu jederzeit bereit bin, zu wiederholen, in der jetzt üblich gewordenen Weise belangen zu wollen, dann wird ja ohne weiteres festgestellt werden können, daß die Herren gelogen haben.

Es werden im Leitartikel der Nr. 33 des Regulator auch die Verhandlungen vor dem Berliner Gewerbegericht erwähnt. Diese Verhandlungen kamen in folgender Weise zu stande: Im Bericht der Volkszeitung über die in den Germaniafällen abgehaltene öffentliche Gewerkevereinsversammlung (in der Herr Gleichauf moralisch geodreht wurde) machte die Redaktion der Berliner Volkszeitung den Vorschlag, zur Befriedigung einer Verständigung ein Schiedsgericht einzusetzen. Darauf habe ich in der Metallarbeiter-Zeitung geantwortet, daß wir zu einer Verständigung bereit sind, solange noch die Möglichkeit besteht, daß das an den Streikenden durch den Gewerkeverein begangene Unrecht wieder gut gemacht werden kann, und zwar in der Weise, daß der Gewerkeverein seine Leute wieder aus dem Betrieb herausholt. Herr Direktor von Schulz vom Berliner Gewerbegericht ergriff in dankenswerter Weise die Initiative und lud die beiden Organisationen und außerdem einen Vertreter der

Firma. Auf die Verhandlungen selbst, so interessant sie auch sind, will ich hier nicht eingehen, ich komme später darauf zurück. Auf unsere Frage, wo denn Herr Gleichauf, der Hauptbeteiligte, sei, erklärte Herr Mauch: Der ist heute früh abgereist. Unser Ersuchen kann sich jeder denken. Auf diese Weise konnte die Verhandlung kein positives Resultat haben. Bei allem was wir vorbrachten, konnten die Herren nichts weiter als mit den Achseln zucken und die Bemerkung machen, sie wollten alles dem Generalkrat unterbreiten. Die Herren hatten sich dadurch die Möglichkeit verschafft, auszuweichen, daß sie Gleichauf auf die Reife schickten. Auf unsere Frage, was sie dann tun würden, wenn sich die Wahrheit weichernde Antwort, es müsse der Generalkrat entscheiden.

Die Sitzung wurde dann aufgehoben und verabredet, eine neue Sitzung einuberufen, wenn der Generalkrat die Angelegenheit erledigt habe. Mit der nochmaligen Bemerkung meinerseits, daß wir nur dann ein Interesse an der Fortführung der Verhandlungen haben, wenn noch die Möglichkeit besteht, das den Streikenden angetane Unrecht wieder gut zu machen, gingen wir auseinander.

Der Gewerkeverein hat sich nun gewaltig Zeit gelassen. Nach den diesbezüglichen Notizen im Regulator schien es, als ob es Weihnachten werden würde, ehe die Sache erledigt werden könnte. Daß die Herren eine Verschleppung der Sache beabsichtigten, war für jeden von uns klar. Drei Wochen nach den Verhandlungen vor dem Gewerbegericht hatten endlich nach neunwöchentlich anstrengender Tätigkeit, die Nachweise der Rühmänner und des Gewerkevereins ihre Schuldigkeit getan. Das heißt, sie hatten die Firma mit einigermaßen genügenden Arbeitskräften versehen. Angesichts dieser Tatsache haben am 28. Juli die Streikenden den Kampf aufgegeben. Von diesem Augenblick an hatten wir kein Interesse an den Verhandlungen mit den Hirschen mehr, und ist aus diesem Grunde der Kollege Maus, einer der Streikenden, nicht zu den Verhandlungen gegangen. Da ich nun nicht so ohne weiteres den Kampf gegen die Hirsche wieder aufnehmen wollte, habe ich das oben angeführte Schreiben mit der Zustimmung unserer Ortsverwaltung an den Generalkrat gerichtet. Der Waffenstillstand war vorüber. Die Herren tun sehr entrüstet und schreiben, der Brief leite an Überhebung und Beschimpfung das denkbar möglichste. Ja, was bilden sich denn diese Leute ein? Ist eine Organisation, die so wie der Gewerkeverein die Interessen der Metallarbeiter mit Füßen tritt, etwa vertragsfähig? Sollen wir mit Gleichauf und Genossen, die uns aufs schmachlichste veraten haben, paktieren? Sollen wir denen die Hand drücken? Das kann niemand von uns verlangen, und darum konnten wir auch keinen anderen Brief an den Gewerkeverein richten. Wenn dem Generalkrat das unangenehm ist, so mag er sich selbst Vorwürfe machen. Die Herren haben sich diesen Ton durch ihre Handlungsweise reichlich verdient.

Wenn der Gewerkeverein nun schreibt: Maus und auch Cohen sneisen, so bemerke ich, daß dazu unsererseits keine Veranlassung vorlag. Außerdem, ihr Herren, seit wann ist es denn Mode, daß man vor Hofentrompetern knieft?

Die Art, wie die Hirsche die unschuldigste Bemerkung in demagogischer Weise verdrehen, läßt auf große Übung in dergleichen Dingen schließen. So ist es mit dem folgenden. Bei den Verhandlungen fragte ich, wie es denn komme, daß zwei Mitglieder des Generalkrats in seinem Auftrag zu Verhandlungen geschickt wurden ohne irgendwelche Vollmacht. Darauf beehrte mich Herr Mauch, er sei Beamter des Gewerkevereins, aber als solcher könne er nicht Mitglied des Generalkrats sein. Hieraus bemerke ich, daß der Gewerkeverein wohl eine andere Organisation der Verwaltung hat, die hiesigen Ortsverwaltung und unser Verbandsvorstand sei ebenfalls zugleich Beamter. Diese hoch gewöhnliche Bemerkung wird nun im Leitartikel zu einem „Dieb“ gegen mich anzuwenden gesucht. Die Herren Schumacher und Mauch beweisen damit, daß man sich bei ihnen vorsehen muß, sie sind zu jeder Verdrehung fähig. So etwas will sich dann auch noch beleidigt fühlen und läuft zum Rabi Pflui Lauf!

Weiter heißt es im Leitartikel, sie (die Hirsche) wollten den Kampf gegen uns sachlich und anständig führen. Als ob sie das könnten. Wenn die Herren anständig, sachlich und wahrheitsliebend wären, hätten sie längst ihr Unrecht zugegeben und wären beschämt in die Ecke getrocknet. Scham und Anstand sind diesen Leuten unbekannt.

Die Glanznummer leisten sich die Hirsche dann noch in folgenden Sätzen: Wie die Arbeiter über die Sache denken, ergibt sich daraus, daß unser Ortsverein Berlin I, die Brandstraße in der Sturm- und Drangperiode, gerade während dieser Zeit bedeutend an Mitgliedern zugenommen hat, daß überhaupt in ganz Berlin ein frischer Zug in die Gewerkevereinsbewegung gekommen und ein Wachstum des Gewerkevereins gerade in Berlin zu verzeichnen ist, ein Beweis, daß der Generalkrat den rechten Weg eingeschlagen hat.

Aber von unseren Kollegen im Reich das liegt, ist erkaunt. Wir in Berlin sind auch erkaunt, aber nicht über die Zunahme der Mitglieder, sondern über die Frechheit, sich mit solchen Dingen zu brüsten. Im Bereich des Ortsvereins Berlin I liegt nämlich die Mehlische Fabrik und um so viel wie Streikbrecher von Mehlisch in den Gewerkeverein aufgenommen sind, um so viel hat der Ortsverein Berlin I an Mitgliedern zugenommen.

Angesichts dieser Tatsache möchte ich den Gewerkevereinsmitgliedern zu rufen: Ist denn bei euch die Scham wirklich schon vollständig zu den Hunden entflohen? Regt sich denn bei euch gar nichts, das wie Ehrgefühl geachtet werden könnte?

Zum Schluß sagt der Artikel, die Arbeiter möchten sich bei mir bedanken, daß zur Zeit ein einziges und geschlossenes Hand-in-Handgehen mit dem Gewerkeverein unmöglich ist. Nun, meine Kollegen haben keine Veranlassung, sich zu bedanken, ich tat nichts wie meine Pflicht, als ich sie davor bewahrte, Hand in Hand mit diesen Leuten zu marschieren.

Berlin.

Adolf Cohen.

Hirsch-Dunckersche Flunkerei.

Nr. 34 des Regulator bringt wieder eine Reihe Notizen aus Berlin, die genau wie ihre Vorgänger der Wahrheit zuwiderlaufen. Es werden da zunächst die Mitglieder des Gewerkevereins gaulich gemacht, damit sie nicht zum Verband übertreten. Wir haben keine Abnung von Heinis aus Schleien, und können auf das bestimmteste erklären, daß wir nicht mehr versprochen haben, als jedem Übertretenden auf Grund unseres Statuts zusteht. Das aber wird auch jedem unter allen Umständen zu teil. Übrigens wird durch dieses gaulich machen bewiesen, daß die Herren empfindliche Verluste erlitten haben.

Die zweite Notiz spricht von einem Mitglied Schobel, der früher bei den Hirschen eine Rolle gespielt hat. Der Kollege wird vom Regulator heringerufen; er besitze keine Überzeugungsstreue u. s. w. Wir sind fest überzeugt, wäre Schobel noch in Gewerkeverein und es würden ihm von uns Vorwürfe gemacht, er fände keinen besseren gerichteten Angriff als den durchsichtigen. Nicht weil er (angeblich) ein schlechter Kerl ist, sondern weil er zum Verband übertreten ist, wird er angegriffen.

Die Gratulation des Regulator wegen des Übertritts solcher Mitglieder nehmen wir dankend entgegen. Wenn es dem Gewerkeverein nicht gelingen ist, den Kollegen Schobel zu genügender Überzeugungsstreue und Charakterfestigkeit zu erziehen, wird der Metallarbeiter-Verband das Verdumme nachholen.

Die weitere Notiz ist von R. Kr. Wenn man eine Unrichtigkeit wiederholt, wird sie dadurch doch nicht richtiger. Der Meinung scheint aber R. Kr. in bezug auf Schürmer, Blau & Comp. zu sein. Wie die Sache soll ich um den heißen Brei herumgehen. Netter Vergleich! Ich soll doch wohl die Sache sein, und das von R. Kr. Gerühmte der Drei. Sehr richtig, lieber R. Kr., breiartig kam mir das von Ihnen Geschriebene auch vor. Weiter soll ich mich noch auf Bergemann entziehen. Kann ich aber nicht, lieber R. Kr. habe dort niemals gemint. Die 6000 Mk. werden von R. Kr. ebenfalls erwähnt. Lieber R. Kr., dafür knief ich unser Verbands-

vorhanden eine Wille am Rüricher See. Zum Schlusse sagt H. Kr., es sei ihm von glaubwürdiger Seite die Mitteilung geworden, daß...

Bei der Angelegenheit L. Löwe gibt der Generalrat seine Mitglieder preis. Ist das anständig?

Schon ist das Spiel mit der Volkszeitung. Erst langzeit man einen Bericht in die Volkszeitung, und dann heruft man sich auf diesen Bericht und führt ihn als Beweismittel an.

Aus Stettin schreibt Gleichauf, daß der Unterzeichnete vor ihm die Pflicht ergriffen habe. Wie die Sache in Wirklichkeit gewesen, darüber berichtet ein Stettiner Lokalblatt folgendes: „Nach einer kurzen Pause erhielt Herr Cohen, der Vorsitzende der Berliner Verwaltungsstelle, das Wort zur Entgegnung auf die Angriffe des Herrn Gleichauf.“

In Nr. 84 des Regulator befindet sich folgendes als „Metallarbeiterverbandlicher“:

Auch ein ehemaliger Gewerkschafter befindet sich unter den „großen“ Agitatoren des Metallarbeiter-Verbandes. Schobel heißt der Mann, er arbeitet in den Siemens & Schuckert'schen Werken in Berlin, Frankfurterstraße, und gehörte dem Ortsverein Berlin III an.

Ich gehörte dem Gewerkschafter der Maschinenbauer leider 17 Jahre lang an. Ich habe jedoch durch das Wesen des Vorwärts seit zwei Jahren eine andere Überzeugung gewonnen und bin, getrieben durch den Streikbruch der Hirsch-Duncker'schen bei der Firma Mehlisch, aus eigener Überzeugung übergetreten.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Bekanntmachung.

Für einen aus der Provinz Schleswig-Holstein, dem Großherzogtum Oldenburg, dem Regierungsbezirk Aurich, Lüneburg und Städte der Provinz Hannover, den freien Städten Bremen, Hamburg und Lübeck zu bildenden 6. Agitationsbezirk mit dem Sitz in Hamburg soll ein

besoldeter Bezirksleiter

ausgewählt werden und wird diese Stellung hierdurch zur Bewerbung ausgeschrieben.

Die definitive Anstellung erfolgt nach einjähriger Tätigkeit und beträgt der Gehalt für das erste Jahr 1920 Mk., steigt jedoch mit der Zeit auf 2020 Mk. Aus den Bewerbungen muß der Vorrang und die bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung ersichtlich sein.

empfehlen die Kommission zur Vereinfachung der Prüfung, daß die Bewerber gleich mit ihrer Bewerbung diese Probearbeit einreichen.

Die Aufgaben des Bezirksleiters. Einige Bewerbungen sind mit der Probearbeit über das obige Thema in geschlossenen Briefumschlag, mit der Aufschrift „Bezirksleiter“ versehen, bis spätestens zum 15. September 1903 an die nachstehende Adresse zu richten: Karl Liep in Hamburg, Gäusemarkt 85.

Nachdem wir wiederholt darauf aufmerksam gemacht wurden, daß in verschiedenen Verwaltungsstellen die Reisegebühren schon jetzt nach den Bestimmungen des neuen Status Reisegebühren auszuweisen, bemerken wir, daß dies unzulässig ist und suchen wir die Ortsverwaltungen, streng darauf zu sehen, daß bei der Auszahlung des Reisegebührens oder der Ortsunterstützung die Höhe des Status vom 1. Juli 1901 nicht überschritten werden.

Table with 2 columns: 52 wöchiger Mitgliedschaft, 42 Mk. (104, 156, 208, 260) and 49, 58, 68, 70.

Die am Orte arbeitslosen Mitglieder ersuchen wir, sich nicht, auch wenn sie nicht unterstützungsberchtig sind, bei den örtlichen Verbandsstellen zu melden.

In Gemäßheit des § 4 Abs. 3 des Verbandsstatuts wird den nachstehend angeführten Verwaltungsstellen beziehungsweise Einzelmitgliedern der Hauptkasse die Erhebung eines Extrabeitrags gestattet und dies den in Betracht kommenden Mitgliedern hierdurch zur Kenntnis gebracht mit dem Bemerkten, daß die Nichtzahlung der Extrabeiträge Entziehung statutarischer Rechte zur Folge haben kann.

Der Verwaltungsstelle in Remscheid die Erhebung eines wöchentlichen Extrabeitrags von 5 Pf. pro Mitglied.

Angehörigen aus dem Verband werden nach § 3, Abs. 8, des Statuts:

Auf Antrag der Einzelmitglieder in Waagen: der Klempler Hermann Kolbe, geb. am 30. September 1882 zu Waagen, Buch-Nr. 534000, wegen Streikbruch.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Berlin: der Klempler Grottel Mattern, geb. am 17. Mai 1877 zu Wriß, Buch-Nr. 471508;

der Schlosser Reinhold Scharf, geb. am 9. Januar 1867 zu Konitz, Buch-Nr. 542242, wegen unkollegialem Verhalten.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Königsberg: der Klempler Paul Bangel, geb. am 12. September 1876 zu Königsberg, Buch-Nr. 532451;

der Klempler Bruno Bohl, geb. am 4. März, Buch-Nr. 588585; der Klempler Paul Prokowsky, geb. am 5. Dezember 1860 zu Königsberg, Buch-Nr. 562778;

der Klempler Fritz Faber, geb. am 13. Januar 1881 zu Datteln, Buch-Nr. 562745; der Klempler Hermann Frohnert, geb. am 21. Januar 1874, Buch-Nr. 588586;

der Klempler Oskar Gaubed, geb. am 1. März 1874 zu Königsberg, Buch-Nr. 520105; der Klempler Hermann Hein, geb. am 19. August 1860 zu Brunsdorf, Buch-Nr. 585599;

der Klempler Rudolf Roschorred, geb. am 15. Oktober 1876 zu Süß, Buch-Nr. 562726; der Klempler Richard Kungernuth, geb. am 4. April 1872 zu Königsberg, Buch-Nr. 588591;

der Klempler Hugo Steinau, geb. am 8. März 1883 zu Finken, Buch-Nr. 588251, sämtlich wegen Streikbruch.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an Theodor Werner, Stuttgart, Adte-Straße 16b zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

In der Sitzung in Nr. 33 über die im Juli eingegangenen Verbandsgelder ist zu berichten, daß von Dortmund, Wlg., nicht Mk. 26,80 sondern Mk. 126,80 eingekassiert worden sind.

Zur Beachtung. Bezug ist fernzuhalten:

- von Dreher nach Aichaffenburg (Kirch) Wl.; von Feilenhauser, Feilenschleifern und Feilenschneidern nach Berlin u. St.; nach Bielefeld (Zimmermann); von Feingoldschlagern nach Dresden; nach Nürnberg (Christian Schmidt, Obere Mendergasse 12; Adam Singer, Bärenschaustr.; Juan Kiep, Färthferstr.; Michael Pleiser, Paradiesstr.); nach Färth (Ludwig Spiegelberger, Königswarterstr.); von Formern und Feingehilfenarbeitern nach Altenburg (Otto Köhler & Co.) H.; nach Berlin; nach Dülken (Werkhuhfabrik Jansen) D.; nach Friedland i. M. (Friedländer Eisenwerk) Wl.; Wl.; nach Kiel-Gaarden (Wolpert & Wirtel, Gaardener Eisenwerke) St.; nach Neumünster (H. Wolpert) D.; von Metallarbeitern aller Branchen nach Hirschberg i. Schl. (Haine & Seifert) St.; nach Köln-Ehrenfeld D.; nach Grimmitzschau (Hippig) Wl.; nach Mannheim (Lang) Wl.; nach Kufila i. Thür. (Gebr. Thiel) St.; von Metallgießern nach Senz (Hofario & Wollert) St.; von Metallschlägern nach Färth; von Silberschlagern nach Schwabach (Farnbacher) D.; (Sturm) St.; von Schleifern nach Neumarkt i. Oberpf.; nach Schwelm (Bever und Klopffers) St.; von Schlossern nach Aichaffenburg (Kirch) Wl.; von Schmiedern nach Mannheim (Lang) St.

(Die mit St. bezeichneten Orte sind Streikgebiete, welche überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streik in Aussicht; L.: Lohnbewegung; A.: Auslieferung; D.: Differenzen; M.: Maßregelung; Wl.: Währungs; R.: Lohn- oder Abord-Reduktion; F.: Einführung einer Fabrikordnung.)

Aus den Agitationsbezirken.

Bezirkskonferenz des VI. Agitationsbezirk (Nordwest-Deutschland).

Am Sonntag den 16. August wurde die Konferenz in der „Leipzigerhalle“ in Hamburg von Schulz-Hamburg vormittags 11 1/2 Uhr mit kurzer Begrüßungsansprache eröffnet.

Schulz-Kiel gibt den Bericht der Agitationskommission für Schleswig-Holstein. In diesem Bezirk ist die Metallindustrie in letzter Linie von der Krise ergriffen worden.

werbe, daß nur durch die Organisation die Lage der Metallarbeiter verbessert werden kann. 1901 waren es in Schleswig-Holstein 4057 organisierte Metallarbeiter, jetzt dagegen 5798. Eingegangen ist die Verwaltungsstelle Oldebole, neugegründet Binneberg, Gesehacht, Heterfen. Bezüglich der Verwaltungsstellen, die sich nicht vergrößert haben, wurde speziell auf Flensburg hingewiesen, wo bedauerlicherweise unter den Mitgliedern viel Reibereien vorgekommen wären, was natürlich dazu beigetragen habe, daß die Agitation nur von geringem Erfolg sei.

Quitt-Kiel gibt folgenden Rassenbericht für die Agitationskommission von Schleswig-Holstein: Rassenbericht über die Zeit vom 15. März 1901 bis zum 15. August 1902. Einnahme:

Table with 3 columns: Rassenbestand am 15. März 1901 (280, 27), Von der Verwaltungsstelle Lübeck in zwei Raten (60, -), Von der Verwaltungsstelle Jshoe (15, -), Ertrag der Teilersammlung in einer öffentlichen Metallarbeiterversammlung in Kiel (48, 09), Zuschuß der Hauptkasse in zwei Raten (500, -), Summa (908, 86).

Ausgabe:

Table with 3 columns: Kosten der Metallarbeiterkonferenz zu Neumünster (31. März 1901) inklusive Fahrgeld und Diäten an mehrere Delegierten (77, 75), Vergütung an die Mitglieder der Agitationskommission für Agitation (105, -), Für Druckfachen (410, 06), Für Porto und Schreibmaterial (55, 90), Kosten der Delegation zur Konferenz des 6. Bezirkes am 6. Oktober 1901 in Hamburg (84, 07), Reiseflohen wegen der Differenzen in Lönning (14, 80), An die Mitglieder der Agitationskommission als Entschädigung für Lohnverluste (60, 60), Sitzungsgelder an dieselben (7, 84), Summa (760, 81).

Abchluß am 15. August 1902. Einnahme 909,86 Ausgabe 790,31 Rassenbestand Mk. 119,06

Stören-Bremen erstattet den Bericht der Agitationskommission für Nordwestdeutschland. Aus den Ausführungen über die Tätigkeit dieser Kommission ging hervor, daß durch den mehrmaligen Wechsel in der Agitationsleitung besondere Hindernisse für die intensive Agitationsarbeit entstanden waren. Zweimal wurde die Niederlegung des Postens als Vertrauensmann notwendig, weil die betreffenden Kollegen, die inzwischen ein eigenes Geschäft übernommen hatten, unter solchen Umständen dem Amte nicht in der gewünschten Weise vorstehen konnten; im letzten Falle war eine Maßregelung die Ursache des Wechsels. Diesen Zustand erklärt Redner als unhaltbar, die Kommission ist der Ansicht, daß die Konferenz für die Anstellung eines Bezirksleiters Sorge tragen müsse. Immerhin sei das erzielte Resultat der Agitationsarbeit ein erfreuliches zu nennen: Die Mitgliederzahl habe sich nahezu verdoppelt, sie ist von 2592 auf rund 5000 gestiegen. Differenzen haben stattgefunden in Begegnung (Wulfen), Bremerhaven, Bremen (Loyb), Lohnbewegungen bei der Klempern und Wauschloffen in Bremen. Die Einnahmen und Ausgaben der Bezirkskasse sind nach der vorliegenden, revidierten Abrechnung folgende:

Table with 3 columns: Rassenbestand am 18. März 1902 (65, 94), Beiträge von den Verwaltungsstellen (124, 45), Vom Vorstand erhalten am 3. Juli 1902 (100, -), Summa (290, 39).

Ausgaben vom 18. März bis 31. Dezember 1902.

Table with 3 columns: Diäten und Fahrgelder (133, 10), Druckfachen (17, 05), Honorar des Vertrauensmanns (79, 05), Porto und Telegramme (19, 05), Papier und Schreibmaterial (4, 25), Revisionen und Sitzungen (15, -), Inzinate (2, 50), Zwei Stempel (4, 70), Rassenbestand am 31. Dezember 1902 (15, 68), Summa (290, 39).

Einnahmen vom 1. Januar bis 30. Juni 1903.

Table with 3 columns: Rassenbestand vom 31. Dezember 1902 (15, 69), Beiträge von den Verwaltungsstellen (172, 54), Beiträge zur Unterstützung d. Kollegen D. Windhövel (20, 04), Vom Vorstand erhalten am 17. Jan. und 20. März (400, -), Summa (608, 27).

Ausgaben vom 1. Januar bis 30. Juni 1903.

Table with 3 columns: Diäten und Fahrgelder (268, 50), Honorar des Vertrauensmanns (50, -), Delegationskosten zur Konferenz in Oldenburg (111, 50), Porto und Telegramme (45, 66), Revisionen und Sitzungen der Komitees (24, -), Arbeitsbesuchnisse (49, 40), Papier und Schreibmaterial (19, 94), Rassenbestand am 30. Juni 1903 (50, 27), Summa (608, 27).

Der erste Vorsitzende bemerkt nach diesen Berichten, daß nach der jetzigen Neueinteilung des VI. Bezirkes von Hannover kein Bericht mehr entgegen zu nehmen ist.

Zu Antrag der Mandatsprüfungskommission berichtet Sonntag-Bremerhaven über die Anwesenheit von 37 Delegierten aus 24 Verwaltungsstellen, außerdem sind anwesend Quitt und Schulz-Kiel a. Vertreter der Agitationskommission für Schleswig-Holstein, Stören-Bremen als Vorsitzender der nordwestdeutschen Agitationskommission, den anwesenden Kollegen Vorhölzer-Dannover beantragt die Kommission als Gast zu betrachten. In der Abstimmung hierüber wurde in diesem Sinne beschloffen. Die beantragten Mandate wurden sämtlich für gültig erklärt. Laut Beschluß haben die Vertreter d. Agitationskommissionen nur beratende Stimme.

der Bezirkskaffe für Schleswig-Holstein vorgenommen. Gewählt wurden die Kollegen Frösching, Sommerfeld und Seltmacher. Nach Wendiggr.-g der Mittagspause machte Seltmacher im Namen der Revisoren bekannt, daß die Abrechnung der Bezirkskaffe für richtig befunden ist, worauf auf dessen Antrag dem Kassierer Quist Decharge erteilt wurde.

In der Diskussion über die Berichte und Anstellung des Bezirksleiters gehen Möller-Hamburg und Quist-Kiel besonders auf die Verhältnisse in Hamburg ein. Junge-Hamburg empfiehlt auf Grund der vorliegenden Verhältnisse die Anstellung eines Bezirksleiters. Stögen-Bremen bespricht unter besonderem Hinweis auf das Verhalten des Schmiede- und des Graveur- und Ziseleurverbandes. Sommerfeld-Lübeck ist der Meinung, daß bis dato noch keine Beweise vorliegen, die für die Notwendigkeit der Anstellung des Bezirksleiters sprechen, weshalb sich die Verwaltungskasse Lübeck in der Mehrzahl gegen die Anstellung erklärt. Lübeckmann-Bremen verweist den Vorredner auf die Aussperrungen an der Unterweser, die mit aller Deutlichkeit für die Notwendigkeit der Anstellung sprechen. Von den bisher bezahlten Wahrgelungenunterstützungen konnte fast die Hälfte des Gehalts für den Bezirksleiter bezahlt werden. Pollack-Bremerhaven vertritt die Ansicht, daß nach seinen persönlichen Erfahrungen die Metallarbeiter bei den Aussperrungen besser abgeholfen hätten, wenn ein Bezirksleiter vorhanden gewesen wäre, der die Verhältnisse genau kannte. Gottshusen-Kiel verweist auf die durch sein persönliches Eintreten bei gelegten Differenzen in Lönning. Wäre derzeit ein Bezirksleiter zur Verfügung gewesen, der nach entstandenem Konflikt hätte eingreifen können, dann hätte ohne Zweifel die Sache 4 bis 5 Tage früher geregelt sein können. Sommerfeld-Lübeck vertritt die Meinung, daß trotz der Anstellung noch mehr Wahrgelungen vorzukommen werden. Wessel-Lübeck führt aus, daß der ablehnende Standpunkt der Lübecker Kollegen daraus resultiere, daß sie sich in einer Verwaltungsstelle befinden, in der es nicht viel Agitationsarbeit mehr gebe. Dieser Standpunkt sei erklärlich, wenn man sich nur von dem Eindruck der musterhaften inneren Organisation von Lübeck leiten lasse. Nichts wäre aber unrichtiger als das; die Mitglieder der größeren, gut geführten Verwaltungsstellen müssen Rücksicht nehmen auf die kleineren Verwaltungsstellen in der Provinz. Um dieses zu bewerkstelligen, sei die Anstellung eines Bezirksleiters notwendig. Nachdem noch Junge und Gottshusen für die Anstellung eingetreten sind, wurde zur namentlichen Abstimmung geschritten. Für die Anstellung stimmten 35, dagegen 2 Delegierte.

Auf Antrag einer größeren Anzahl von Delegierten soll die Zusammensetzung der Prüfungskommission für die Bewerbungsschreiben in der Weise geschehen, daß ein Vertreter aus Hamburg und je zwei Vertreter aus dem schleswig-holsteinischen und nordwestdeutschen Agitationsbezirk gewählt werden. In die Prüfungskommission wurden gewählt: Alex.-Hamburg, Sonntag-Bremerhaven, Stögen-Bremen, Sack-Kiel und Sommerfeld-Lübeck.

Unter dem dritten Punkt der Tagesordnung führt Vorhölzer eine Beschwerde gegen die Polizeibehörde vor, die die Einreichung der Mitgliederliste verlange, was aber Anlaß zu Maßnahmen in der Eisenbahnbetriebsverhältnisse gegeben habe. Hierdurch würden viele Metallarbeiter zurückgehalten, der Organisation beizutreten. Quist-Kiel bemerkt hierzu, daß diese Angelegenheit in Glückstadt zum Eingehen der Verwaltungsstelle geführt habe. Der Vorsitzende Schulz empfiehlt, daß die unter diesem Zustand leidenden Verwaltungsstellen das nötige Material dem Vorstand unterbreiten, damit dieser in geeigneter Weise für Abhilfe sorgen könne.

Über das Vertragsverhältnis gegenüber ausländischen Organisationen und die gegenteiligen Anweisungen des Vorstandes in dieser Sache debattieren Marx-Hamburg, Gottshusen-Kiel und Alex.-Hamburg. Hierzu bemerkt der Vorsitzende, daß es sich empfehle, wenn der Vorstand so bald wie möglich ein Verhaltensreglement herausgibt; die Konferenz könne eine Abstellung dieser Kalamität nicht herbeiführen.

Die unrichtige Auszahlung des Reisegeldes, wie sie mehrfach in kleineren Verwaltungsstellen vorgekommen ist, wird von Vorhölzer, Gottshusen und Schulz-Hamburg einer eingehenden Kritik unterzogen. Für die Wahlen der Delegierten zur Generalversammlung beauftragt Seltmacher die Abhaltung einer Bezirkskonferenz vor derselben. Vorhölzer und Junge polemisieren gegen die Abhaltung derartiger Konferenzen. Gottshusen tritt für vorausgehende Konferenzen in den einzelnen Wahlabteilungen ein.

Auf Antrag Wiffels wird den Mitgliedern der schleswig-holsteinischen Agitationskommission eine Vergütung von 60 Mk. überwiesen. Stögen ersucht um das Einverständnis zum Beschluß der Gambener Bezirkskonferenz, wonach dem Vertrauensmann für Nordwestdeutschland eine jährliche Entschädigung von 100 Mk. bewilligt wurde. Dieser Beschluß fand einstimmige Annahme mit der Genehmigung, jedes Mitglied der nordwestdeutschen Agitationskommission pro Sitzung mit 50 Pfg. zu entschädigen.

Nachdem noch der erste Vorsitzende auf die Bedeutung des gefassten Beschlusses betreffend Anstellung eines Bezirksleiters hingewiesen, was die Mitglieder nicht abhalten dürfte, mit demselben Eifer für die weitere Entwicklung der Organisation auch fernherhin einzutreten, schloß er mit einem dreifachen Hoch auf den Deutschen Metallarbeiter-Verband gegen 5 Uhr die Konferenz.

**An die Verwaltungsstellen Thüringens.**

Im Einverständnis mit den Thüringer Verwaltungsstellen berufen Unterzeichnete auf Sonntag den 6. September vormittags 11 Uhr, eine Konferenz für den Thüringer Bezirk nach Erfurt ins Lokal „Livolli“, Magdeburgerstraße, ein. Die Konferenz hat als Tagesordnung: Die Angliederung des Thüringer Bezirks an den Bezirk Magdeburg.

Mit kollegialem Gruß

Die Sektion der Mechaniker u. Optiker und Allg. Verwaltungsstelle.  
F. A. Adolf Hirschmann, Erich Bonin.

**Korrespondenzen.**

**Formen.**

**Begnitz.** Wegen der herrlichen Zustände in der Gießerei der Armaturen- und Maschinenfabrik-Alliengeseellschaft vormals F. A. Gilpert ist diese in die glückliche Lage versetzt, keinen Formen mehr zu bekommen. Da jedoch die Aufträge überhandnehmen und die Firma mindestens 20 Formen einstellen könnte, setzt sich der Herr Direktor Pegerkamp auf die Fäden und schreibt ein Inserat für auswärtige Zeitungen, daß Formen gesucht werden, die sich 36 bis 88 Mk. pro Woche „verdienen können“. Zwischen dem „verdienen können“ und verdienen liegt aber ein breiter Weg, denn hier wird in Afford gearbeitet und die Preise sind derart bemessen, daß die Formen, die 36 Mk. pro Woche verdienen, nicht mit der Wurst zu finden sind. Die Firma hätte nicht nötig mit solchen Mitteln auf den Gang nach Formern auszugehen, da jede Woche eine größere Anzahl Formen hier durchreißt und auch Arbeit nimmt, aber höchstens einen Taglang hier bleibt, um nicht weiter in den Tälern zu kommen. Durch die fortwährenden Manipulationen an den Affordpreisen hat die Firma bereits ihren Stamm von alten eingearbeiteten Leuten verloren, außerdem sind eine Reihe verheirateter Kollegen in brutaler Weise aufs Pfaster gesetzt worden, weil sie sich gegen die fortwährenden Zumutungen auf Verschlechterung der Lebenslage wehrten. Wiewohl wir wissen, daß die Verhältnisse heututage nirgends glänzende sind, dürfen wir mit Bestimmtheit sagen, daß ein Chaos wie es in der Gießerei Begnitzhütte in allen Punkten existiert, kaum in einer anderen Werkstätte zu finden ist. Die Arbeitszeit ist hier eine rein willkürliche, morgens wird schon eine Überstunde gemacht und abends dehnt sich das Gießen bis auf 8 und 9 Uhr aus. Sogar Samstags trauert man bis über diese Zeit hinaus. Dabei werden dann Verdienste erzielt, die unter aller Reich sind. Daß die Firma im Schlandrien fortzuwachsen will, beweist der Umstand, daß die gütlichen Bestrebungen der Kollegen,

diese Mißstände zu beseitigen, von der Direktion gänzlich ignoriert wurden. Ein jeder Kollege dürfte es sich daher doppelt überlegen, auf solch wohlwollende Angebote zu reagieren, denn der Herr Direktor Pegerkamp will nur zufriedene Leute. Hat sich ein Kollege einmal nach hier verschrieben und magt zu den Manipulationen und den Schindeln, die unbedingt Unzufriedenheit hervorrufen, zu protestieren, dann kann es ihm leicht passieren, an die frische Luft gesetzt zu werden, wie das schon manchem Kollegen passiert ist. Für einen Verheirateten noch angenehme Ansichten, da nur eine einzige Fabrik an Orte ist. Über eben dadurch glaubt Herr Pegerkamp besonders im Winter (Hurizeln) zu können.

**Wolfsbühnel.** Kein Demos in der Metallindustrie bedarf mehr des Schutzes vom Metallarbeiter-Verband wie der Beruf der Former. Das sehen wir an den verschiedenen und schweren Kämpfen und Differenzen. Auch die Firma Brandes & Cie. in Wolfsbühnel will in diesem Wissen lange nicht fehlen. An Stelle des entlassenen Meisters in dieser Gießerei, die allen Formern in Deutschland vom letzten Streit und der riesigen Löhne wegen „rühmlich“ bekannt ist, wurde der Former Kirchner zum Vorarbeiter bestellt. Kirchner befürchtet nun, wenn ältere leistungsfähige Former im Betrieb bleiben, würde er die Erfüllung seiner Träume, in dem Brandeschen Musterbetrieb Meister zu werden, nicht erreichen. Der Mann wird auch Recht haben. Er könnte sogar von dem Sockel des Vorarbeiters herabstürzen müssen; die Fähigkeiten besitzt er dazu. Die Kollegen nehmen nun an, da sie gute Gründe dazu haben, daß Kirchner für die Entlastung zweier älterer Kollegen Sorge getragen hat, damit seine Position sicher bleibt. Zum Ersatz hat er einen jungen Kollegen unter dem Versprechen von Winterarbeit herangekocht. Vielleicht hegt man auch noch die Absicht, die Preise zu kürzen. Bei dem erstellten Verdienst der Former wäre das kein Wunder. Damit kein Former sagen kann, wir gönnen anderen Leuten keinen guten Verdienst und verschweigen deswegen, daß in Wolfsbühnel alles in Butter schwimmt, teilen wir einige Löhne mit: Ein Kollege erzielte in 132 Stunden 30,42 Mk. oder pro Stunde 23/100 Pfg.; ein anderer in 132 Stunden 23,06 Mk. oder pro Stunde 14/100 Pfg.; ein dritter in 132 Stunden 19,61 Mk. oder pro Stunde 11/100 Pfg.; ein vierter in 11 Stunden 65 Pfennig oder pro Stunde 6 Pfg.; ein fünfter in 17 Stunden 80 Pfg. oder pro Stunde 4/100 Pfg. Kollegen, wir halten an in der Aufschüttung und hoffen, daß ihr jezt bald um Arbeit bei Brandes & Cie. in Wolfsbühnel nachsucht, damit ihr sparen könnt. Bemerten wollen wir noch, daß wir die Firma ersucht haben, diese „herrlichen“ Zustände im Interesse des Friedens zu bessern. Also, Former, gebt acht auf Brandes & Cie. und dessen Arbeiter.

**Gold- und Silberarbeiter.**

**Angsbürg.** In Nr. 33 berichteten wir kurz, daß in der bayrischen Silberwarenfabrik von Josef Reiner in Krumbach die Löhne bis zu 25 Prozent reduziert worden sind. Dieser Betrieb wird von zwei Söhnen des alten Herrn Reiner, der anscheinend gesteuert ist, geleitet. Der jüngere „Cheff“, der 21 bis 22 Jahre zählt, ist ein äußerst temperamentvoller Mann, der es auch fertig brachte, am 7. August mittags den neuen Tarif mit seiner Reduktion ohne weiteres in der Werkstätte aufzuhängen und für gültig zu erklären. Das wir uns dies nicht gefallen lassen konnten, erklärt sich am Rande, und so kündigten sofort zwei Arbeiter, die aber noch nach dem alten Tarif ausgezahlt wurden. Einem anderen hat indessen Reiner selbst gekündigt. Die Herren suchen immer in den Fachzeitungen tüchtige Gesellen für sehr hohen Lohn und dauernde Beschäftigung. Es ist aber seit jedes Jahr eine andere Lohnreduktion eingetreten. Wir möchten also die Kollegen allerorts davor warnen, sich nach Krumbach verlocken zu lassen, damit insbesondere der junge Herr Reiner, daß dieses Spiel jezt ein Ende hat und er sich bequemen muß, Arbeiter auch anständig zu behandeln. Bei erstündiger Arbeitszeit verdient ein guter Geselle in Afford wöchentlich 17 bis 18 Mk., im Tagelohn erhalten die Leute 1 bis 2,40 Mk. täglich. Jeder kann sich selbst ein Bild machen, wenn jezt noch weniger verdient werden soll. Dabei kommt in Betracht, daß Krumbach Großstadtpreise für Lebensmittel und Miete hat. Die sanitären Verhältnisse dieses Betriebs lassen auch vieles zu wünschen übrig, der Herr Fabrikinspektor sollte da einmal eingreifen. Aber so spielt man sich auf, als ob diese Bude ein wahres Paradies wäre. Kollegen, sorg durch strengste Fernhaltung des Zuguges, daß wir diese mißlichen Verhältnisse ändern können und anständig behandelt werden. Die Kollegen an Orte selbst werden aber gut tun, sich alle dem Deutschen Metallarbeiter-Verband anzuschließen, um unsere Rechte zu wahren. Jezt werden sie schon längst eingesehen haben, daß ohne Organisation nichts zu erreichen ist. R. W.

**Verbandsmitglieder, beschafft Material für die Reichs-Arbeitslosenstatistik! Jedes Verbandsmitglied melde Beginn und Schluss einer etwaigen Arbeitslosigkeit der Ortsverwaltung, dem Bevollmächtigten oder dem Geschäftsführer.**

**Metallarbeiter.**

**Berlin.** Eine außerordentliche Generalversammlung mit der Tagesordnung: „Diskussion über den Bericht vom Verbandstag“ wurde am 15. August bei Hagenhagen abgehalten. Schröter mißbilligte, daß ledige Mitglieder weniger Streit- und Maßregelungsunterstützung als verheiratete erhalten, wo doch die Beiträge die gleichen sind. Fritzwiler bemängelt unter anderem die angenommene Maiteresolution und das Verhalten Cohens und Pawlowitschs zu ihr. Es wäre nach der jetzigen Fassung der Resolution fast ausgeschlossen, jemals den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu begehen. Cohen vertritt den von ihm auf dem Verbandstag angenommenen Standpunkt. Wenn jemand für den 1. Mai eintritt, wird deshalb ausgesperrt oder entlassen und bekommt nicht die Unterstützung, sondern ist vielmehr auf die Arbeitslosenunterstützung angewiesen, so ist es besser, man befreundet sich damit, auf die ganze Feier zu verzichten, da die Mitarbeiter sowieso nicht das geworden, was man sich davon versprochen habe. Wieselthaler weist darauf hin, daß es ungeheurer Anstrengungen und Agitation bedarf, wollen wir von einer Arbeitsruhe am 1. Mai in zwei Jahren sprechen. Geschieht dies nicht, damit wir dann genügend vollberechtigte Kollegen in den Betrieben haben, dann ist die Mitarbeiter für Berlin so gut wie begraben. Handke erinnert daran, daß die Berliner Delegierten sich vorher einstimmig dafür erklärt haben, nicht für Arbeitslosenunterstützung bei Mitarbeiterausperrungen zu stimmen und kritisiert dann das Verhalten einzelner Delegierter bei der Abstimmung. Er erinnert ferner an die Kämpfe der Bauarbeiter um die Freigabe des 1. Mai und demnach wird dort die Mitarbeiter stets mit wachsender Begeisterung begangen. Nebenher lebhafteste Diskussion entspann sich über die Gauenverteilung und die Bekanntmachung des Hauptvorstandes, wonach Berlin und die Provinz Brandenburg den dritten Bezirk bilden. Es beteiligten sich hieran Leuendorf, Busse, Varni und Cohen. Sämtliche Redner waren der Ansicht, daß eine intensive Agitation und Organisation in Berlin ohne Selbstbestimmungsrecht undenkbar sei, daß Berlin mit dem Selbstbestimmungsrecht stehe und falle. Ein von Busse gestellter Antrag wurde angenommen, wonach der Kollege Cohen beauftragt wird, beim Vorstand eine Klarstellung der Artz in Nr. 31 der Metallarbeiter-Zeitung dahingehend zu bewirken, daß nicht durch die Neueinteilung des dritten Bezirkes eine Einschränkung oder Gefährdung der bisherigen Rechte der Verwaltungsstelle Berlin eintreten kann.

**Dresden.** Eine gut besuchte öffentliche Metallarbeiterversammlung wurde am 12. August im Saale des Volkshauses abgehalten. Kollege Föllner erläuterte den Bericht der Agitationskommission für

Ostfachschen. Der Bericht erstreckt sich nur auf eine halbjährige Tätigkeit der Kommission, da mit Anstellung des Kollegen Hand als Bezirksleiter die Kommission hat zu existieren aufgehört. Die Kommission hatte in diesem halben Jahre ein lüchtiges Stück Arbeit in bezug auf Agitation und eine umfangreiche Korrespondenz bewältigt gehabt. Nebenher ging zum Schluß auf den verschiedenen Schlägerstreik ein und zeigte wohl hohen Wert die in Schlägergebeten durch harten Kampf errungene Tarifgemeinschaft hat; er warnte noch besonders vor den zwei Firmen: Ferdinand Müller, große Brüdergasse und Buschner in Leuben, die den Tarif nicht anerkannt haben. Die Lage sei aber so, daß wenn diese Firmen existieren wollen sie über kurz oder lang doch noch den Tarif bezahlen müssen, da sie sonst keine Arbeitskräfte bekämen. Somit sei der Tarif auf der ganzen Linie anerkannt. Zu Punkt 2 (Wahl einer Agitationskommission für Dresden und Umgegend), erklärte Föllner: Da mit Anstellung eines Bezirksleiters die Agitationskommission für Ostfachschen aufgehört zu existieren, der Bezirksleiter aber, da er die Verhältnisse in ganz Sachsen zu übersehen hat, sich in die Details der örtlichen Agitation nicht so vertiefen kann, so müssen wir eine Instanz schaffen, die die Agitation für Dresden und Umgegend zu betreiben und etwaige Beschwerden entgegenzunehmen und zu prüfen würde. Nach unwesentlicher Debatte, in der noch darauf hingewiesen wurde, daß die Kollegen, die da glauben Mängel in der Geschäftsführung zu erblicken oder Mißstände aus den Betrieben feststellen zu müssen, diese Beschwerden der Kommission zu unterbreiten sollten, wurde der Vorschlag von Föllner, die Kommission aus sieben Kollegen zusammenzusetzen, einstimmig angenommen. In geheimer Abstimmung wurden als Mitglieder dieser Körperschaft gewählt: Föllner, Pieper, Föllner, Drescher, Fleischer, Leinen und Jeterlein. Dann machte Kollege Hoffmann auf die Veröffentlichung des Verbandsfadens in bezug auf die Preisermäßigung beim Massenbesuch der Städteausstellung aufmerksam; die Kollegen die von dieser Vergünstigung Gebrauch machen wollen, möchten sich zu mindestens 30 Mann unter Mitnahme ihrer Mitgliedsbücher zusammenfinden und einen Kollegen beauftragen, die Eintrittskarten an der Kasse zu lösen. Im Interesse einer guten Arbeitslosenstatistik ermahnte der Vorsitzende Föllner alle Arbeitslosen, auch wenn sie nicht unterstützungsberechtigt sind, sich im Verbandsbureau zu melden.

**Kiel.** Aus dem Musterbetrieb der Kaiserlichen Werft. Den Maschinenbauern der elektrischen Zentrale dieser Werft ist ein eigenartiger Arbeitsraum zur Ausübung ihrer verantwortlichen Tätigkeit angewiesen. Diese Musterwerkstatt befindet sich nämlich in einem Kellergeschoß, worin sich gleichzeitig der Dampfabsonderfaktor befindet. Durch den Arbeitsraum führen die gesamten Dampf- und Ableitungsrohre, so daß in der Werkstat begreiflicherweise gerade keine angenehme Atmosphäre vorhanden ist, besonders zur Zeit der Sommerhitze. Zum Überflus befindet sich über dem Keller auch noch der Dampfkesselraum. Das ständig überfließende Salzwasser aber hat sich bereits durch die Decke gesessen, so daß es jezt durchsickert und den unten beschäftigten Arbeitern auf die Köpfe tropfelt. Hierdurch wird den Leuten außer dem Schwitzbad noch die Unnehmlichkeit einer Brause zu teil. Zeitweilig wird der schöne Keller auch als Trockenraum für die bei den Desinfektionsapparaten verwendeten Segetuchlappen benutzt. Hierdurch wird natürlich die Luft in dem Arbeitsraum in einer ganz besonderen Weise verberst. Noch schlimmer wird die Sache, wenn, wie es schon geschehen ist, in dem Raume wochenlang Akkumulatoren repariert werden und der Dunst der Schwefelsäure gleichfalls auf die Arbeiter einwirkt. Hinzu kommt wieder, daß es dort unten mit dem Licht ebenfalls recht schlecht bestellt ist. Bei heller Witterung mag das Tageslicht eben genügen; an trübigen Tagen dagegen, namentlich aber im Winter, muß man den ganzen Tag bei elektrischem Glühlicht arbeiten, was auf die Dauer für die Augen äußerst schädlich ist. Eine schlimme Katastrophe würde entstehen, wenn im Keller einmal eines der Dampfrohre platzte. Die Fenster sind sämtlich vergittert; nur aber den vorhandenen einzigen Ausgang zu gewinnen, müßten sämtliche Arbeiter direkt durch den ausströmenden Dampf laufen. Zur Ausführung der vorerwähnten Arbeiten bei der Salzsäure werden Da jedoch nur zwei solcher Anzüge vorhanden waren und diese sich obendrein in einem total gesteckten, durchlöcherten Zustand befanden, sahen die bei den Akkumulatoren beschäftigten Leute sich gezwungen, ihre eigene Kleidung preiszugeben. Nach dem § 7 der Arbeitsordnung muß ihnen in solchem Falle Ersatz geliefert werden. Vom Werkmeister wurde ihnen solches auch versprochen. Obgleich jedoch seit der Zeit schon fast sechs Monate verstrichen sind, haben nur zwei Mann ihren Schaden ersetzt erhalten. Von den beiden hat aber der eine die Arbeit auf der Werft überhaupt aufgegeben, während der andere in ein anderes Ressort versetzt worden ist. Die in der Werkstat verbliebenen Leute warten bis jezt noch vergeblich auf Entschädigung. Dagegen hat man sich bereit gesehen, vier Mann, die Sonntags nicht zur Arbeit erschienen waren, mit je zehn Stunden Lohnabzug als Strafe zu bedenken! Dabei handelte es sich um eine Arbeit, die auch an einem Wochentag hätte ausgeführt werden können. Nebenbei muß bemerkt werden, daß die Betreffenden die Ordre zur Sonntagsarbeit gar nicht ernst genommen hatten, da sie ihnen durch den Vorarbeiter und nicht, wie es sonst üblich ist, durch einen Werkführer übermittelt worden war. Werkführer wurde der gleichfalls beteiligte Sohn eines Werkmeisters nicht zur Bestrafung mit herangezogen. Zum Schluß ist noch mitzuteilen, daß es mit den Lohn-beziehungsweise Affordverhältnissen in dieser Musterwerkstatt gleichfalls recht traurig bestellt ist. Um den höchsten begehrenden Lohn in der üblichen Weise aufzubekommen, war es bis im Herbst 1902 noch möglich, in sogenannten Lohn- und anderen Afforden einen Aufschlag bis zu 40 oder 50 Prozent zu verdienen. Später hat man die Affordpreise dermaßen herabgedrückt, daß die Arbeiter höchstensfalls zu einem Satz von 25 Prozent gelangten. In der neuesten Zeit aber hat man die Berechnung nach Zeit eingeführt, und da ist es den Arbeitern schlechterdings geradezu unmöglich, überhaupt noch etwas anerkennenswerthes über Lohn zu verdienen. Bei großem Afford kommt es außerdem vor, daß durch das Heranziehen zu anderen Arbeiten Beeinträchtigungen entstehen. Bei der gefährlichen Arbeit im Betrieb der elektrischen Zentrale aber sind die bestehenden Lohnsätze durchaus ungenügend. Übernimmt jedoch ein Arbeiter den Beruf, beim Werkmeister Hausat sich persönlich zu beschweren, dann wird ihm der kurze Bescheid: „Stören Sie mich nicht, ich habe keine Zeit.“

**Leipzig.** Mit den Mißständen bei der Firma Rudolf Sack in Plagwitz beschäftigte sich eine öffentliche Versammlung im Gefesteller, die von den Organisationen der Metallarbeiter und Schmiede einberufen worden war. Die Mißstände bei der Firma Sack sind mannigfacher Art. Vor allem wird über die Kantinen lebhaft Klage geführt, die nur eine Viertelstunde vor jeder Öffnungsraufe geöffnet wird. Da nun aber für die mehr als tausend Arbeiter nur zwei Kantinen vorhanden sind, so kommt es vor, daß viele Arbeiter überhaupt während dieser Zeit nichts zu trinken erhalten, ja sogar manchmal mit vergeblichem Warten vor der Kantine die Pausen zubringen. Kommt es aber vor, daß ein Arbeiter dem anderen eine Flasche Bier mitbringt und er wird von Herrn Wichmann, der so eine Art Inspektor vorstellt, erwischt, dann muß der Arbeiter das Bier wieder zurückgeben, weil jeder nur eine Flasche holen darf. Mit dem Wasser sollen die Arbeiter sparsam umgehen. Als die Arbeiter sich bei Herrn Sack beschwerten und ihn haben, doch dafür zu sorgen, daß die Kantinen geöffnet würde, wurde ihnen angetragen, schwarzen Kaffee zu trinken. In der Versammlung wurde angezweifelt, daß eine Kantintafel besteht, in die die gemachten Überflüsse fließen. Das Bier wird nicht zum Selbstkostenpreis verkauft. Während des von der Leipziger Arbeiterkaffe geführten Bierkrieges wurde bei der Firma Sack die Kantine den ganzen Tag geöffnet und jeder konnte je viel Bier trinken wie er wollte. Aber nach Beendigung des Bierkrieges wurde diese Verfügung wieder aufgehoben. Einen weiteren Punkt der Beschwerde bildete die Garderobe. Es sind zwar Schränke vorhanden, aber sie sollen unzureichend und schon lange nicht mehr gereinigt worden sein. Viele Arbeiter ziehen es auch vor, ihre Sachen an

trgend einer anderen Stelle aufzuhängen, wobei jedoch die Gefahr besteht, daß die Sachen durch Öl und Fett verunreinigt werden. Waschräume seien nicht vorhanden; eine Art Badewanne könne nach Befüllung von 3 Pf. benutzt werden. Meist wissen die Arbeiter nicht, wo sie ihr Frühstück hinlegen sollen, um es nicht bei der großen Hitze austrocknen zu lassen. Die Aborte wurden als unrein bezeichnet. Gearbeitet wird, wenn es recht heiß ist, 10 Stunden, wird es aber etwas kühler, dann werden 11 1/2 Stunden gearbeitet. Das ist für einen Betrieb, der liberal seine Überlegenheit rühmt, eine recht lange Arbeitszeit. Anfänger erhalten pro Stunde den enormen Lohn von 25 Pf. Der Lohn steigt dann jedes Jahr um 1 Pf. bis zu 30 Pf. pro Stunde. Beim Abford sollen auch schon Fälle vorgekommen sein, wo nur 18 und 20 Mt. pro Woche verdient wurden. Zweckmäßigkeit der Maschinen und der Arbeitsplätze an den Sonntagen müsse von den Arbeitern eine halbe Stunde länger gearbeitet werden. Für diese halbe Stunde gibt es 12 1/2 beziehungsweise 15 Pf., aber auch nur für diejenigen, die Dampfhammer zu reinigen haben. Die Behandlung von Vorgesetzten wird als barsch und grob geschildert. Schimpfworte sollen nicht selten sein. Willkürliche Lohnabzüge sind an der Tagesordnung. Wenn andere Arbeit gemacht wird, so wird das Auswechseln der Gesenke bei den Sämmern, was auch etwa Dreiviertelstunde dauert, nicht bezahlt. Ein Vorgesetzter, dem Arbeit nicht schnell genug von flatten ging, habe geküßelt, es solle den Leuten nur 25 Prozent abgezogen werden, dann würden sie schon arbeiten. Nun sind bei der überhäufigen Arbeitsweise an den Maschinen Unfälle nicht ausgeschlossen und die Rente, die ein solcher Unfallverkoster bezieht, ist bescheiden und reichlich bemessen. Die Arbeiter glauben nun auf Grund verschiedener Vorgänge annehmen zu müssen, daß die Vorgesetzten aus Mangel an Geld in der Höhe der Entlohnung Rücksicht auf die Arbeiter nehmen müssen. Bei Saft ist auch noch das Kolonnenystem vorherrschend, wobei einer der Kolonnenführer die Arbeit übertragen erhält und sie dann an die anderen Arbeiter weiter gibt. Was sich aus einem solchen System für Zustände entwickeln, ist hinlänglich bekannt. Alle Redner waren sich darüber einig, daß die Zustände in der Sackfächerfabrik unbillig sind und daß es angebracht ist, wenn die Aufsichtsbehörde dieser Fabrik eingehende Beachtung schenken möchte. Leider sei gerade hier die Zahl der Organisierten sehr gering. Ohne wesentlichen Erfolg hat man bisher den Sackfächer Arbeitern den Wert der Organisation vor Augen geführt. Nachdem ihnen die Zustände unermesslich werden, kommen sie zwar in die Versammlung, aber auf eine Beförderung sei erst dann zu rechnen, wenn die Arbeiter bis auf den letzten Mann im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisiert sind. — Zu Beginn der Versammlung hatte Genosse Reichstädt abgeordnete Schöpflin einen Vortrag gehalten über das Thema: Was muß der Metallarbeiter wissen. Der Redner wies auf die Bewitterung hin, die sich am wirtschaftlichen Horizont bilden, gegen die nur in der Organisation Schutz zu finden sei. Dem Vortrag folgte lebhafter Beifall.

**Ludwigsburg.** Freiheit, die ich meine! Die Metallwarenfabrik Wagner & Keller hatte in ihren Fabrikräumen folgenden Plakat aufhängen lassen: „Ludwigsburg, den 7. Mai 1903. P. P. Nachdem jetzt die ruhigeren Geschäftstage beginnt, während welcher jede einzelne Person eher entbehrlich werden kann, als während der Saison Juli bis November, so fordern wir diejenigen Leute, welche lungenlendernd zu sein glauben und beabsichtigen, sich von Dr. Göller nach Schwarzberg sprechen zu lassen, auf, dies jetzt zu tun. Wer während der Saison zwischen 1. Juli und 1. Dezember zu diesem Zwecke sich an Herrn Dr. Göller wendet, hat zu gewärtigen, daß es nachher in der weniger strengen Geschäftszeit zum Aussehen für einige Wochen aufgefördert, oder eventuell entlassen wird. Wagner & Keller.“ Wenn die Firma ihr Anliegen den Arbeitern nicht in so provozierender und beleidigender Form unterbreitet hätte, so würde sicher niemand daran Anstoß genommen haben. Allein der Schlusspassus ist derart, daß die Arbeiter glauben, die Konzilianz der Firma einer weiteren Öffentlichkeit mitteilen zu müssen, und so veröffentlichten sie den Plakat in der Schwäbischen Tagwacht. Das brachte die so freiheitlich gesinnte volksparteiliche Firma so in Panik, daß sie einen zweiten Plakat ergehen ließ: „Wir haben bis jetzt dem Grundplatz gebührend, jeder unserer Arbeiter solle seine politische Ansicht außerhalb der Geschäftsräume frei und offen, ohne Ansehung von unserer Seite, bekunden können. Nachdem aber gewisse Personen durch Veröffentlichung obigen Anschlags in der Tagwacht angriffsweise gegen uns vorgehen zu können glauben, sehen wir uns veranlaßt, die Konsequenzen daraus zu ziehen: Wir fordern alle diejenigen Sozialdemokraten, welche agitatorisch tätig zu sein oder ihrer Presse Stoff zu liefern wünschen, sowie alle diejenigen, welche in obigen Anschlag (gemeint ist der Plakat) etwas Schreckliches finden und alle Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes auf, in aller Eile unsere Fabrik zu verlassen, da ihnen andernfalls bei nächster Gelegenheit gekündigt werden wird. Wer bei uns in Arbeit bleiben will, muß, wie dies bei der großen Mehrzahl unserer Arbeiter der Fall ist, im allgemeinen mit unserer Art und Weise einverstanden sein, wer aber beständig Grund zur Unzufriedenheit zu haben glaubt, kann ja bei der Tagwacht oder anderen Gesinnungsgenossen Arbeit suchen und sehen, ob es ihm dort mehr nach Wunsch ergeht. Eine Abschrift dieses Anschlags ist der Tagwacht zugegangen. Wagner & Keller, Ludwigsburg.“ So ungefähr hat's der Oberstleitsprechender Stumm auch gemacht.

**Mainz.** Die Firma „Gasapparate- und Gußwerk“ sucht in verschiedenen Zeitungen tüchtige Spengler und Sittler. In dieser Fabrik werden schon seit einer geraumen Zeit die Akkordlöhne immer mehr reduziert, nicht nur durch die technische Überleitung, sondern auch durch die Meister, deren es nicht wenig sind. Wenn ein Kollege die Courage besitzt, dagegen zu opponieren, so fliegt er hinaus. Viele haben es vorgezogen, vorher zu gehen. Auch die Arbeiter, die für die Organisation nicht zu gewinnen sind, die aber unter diesen Abgängen auch zu leiden haben, machen den organisierten Kollegen viele Beschwerden durch ihre Arglistigkeit. Auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse werden wir noch näher eingehen.

**Nadelmacher.**

**Burghardtsdorf.** Der Nadelmacherstreit bei Schuppel & Günther dauert ununterbrochen fort. Im Laufe der vorigen Woche hat Schuppel sogar vier Arbeiterinnen und zwei Schülferinnen angenommen, um so die Zahl der Arbeitswilligen zu erhöhen. Auch hat der Chef wieder einmal seine Schamlosigkeit gezeigt, indem er einen jugendlichen Arbeiter geschlagen hat, wahrscheinlich deshalb, weil die vorgenannte Qualitätsnadeln noch nicht fertiggestellt werden können. Weiter ist noch zu bemerken, daß der zweite Vorsitzende nicht wieder anfängt und der Streit vor dem Gewerbegericht durch Vergleich beendet ist. Da der zweite Vorsitzende gerade im Stellen der Maschinen zum war, so bedeutet sein Abgang eine Lücke für den Betrieb. Auch einen zweiten Kollegen hat Schuppel entlassen, der von ihm einmal Geld geliehen hat, des dieser ihm nun sofort zurückzahlen oder die Arbeit aufnehmen soll. Man sieht auch hier wieder, daß von den Unternehmern mit allen Mitteln gearbeitet wird, um zum Ziele zu gelangen. Nadelmacher haben in der letzten Woche als Arbeitswillige nicht wieder angefangen, so daß in der Hauptsache nur von angesehnen Kräften die Qualitätsnadeln hergestellt werden, mit denen, wie es den Anschein hat, einzelne Fabrikanten nicht zu ziehen sind.

**Rundschau.**

**Beleidigungsprozesse.**

Am 12. August fanden vor dem Sferlohrer Schöffengericht der Schloßherr Otto Müller und der Maschinist Karl Gundlach. Auch der Angeklagte Müller am 21. Mai die Schloßherr August Raab, August Deum, Franz Reddig und den

Gendarmen Rose dadurch, daß er ihnen Parteilichkeit vorwarf, beklagt haben. Gundlach soll am 7. Juli 1903 den Gendarmen Rose beklagt haben, daß er in Beziehung auf diesen behauptete, er sei bei Brenscheidt besoffen gewesen und habe sich von dem Fabrikanten Hufemann traktieren lassen. Es waren 12 Zeugen geladen. Die „Beleidigungen“ sind in Versammlungen der Angeklagten erfolgt. In der Mülle'schen Klagesache führte ein Zeuge aus, daß der Schloßherr Müller ihn angehalten und gefragt habe: „Ob er noch nicht wieder arbeiten wollte?“ Zwei weitere Zeugen konnten sich der Sache nicht mehr recht entsinnen. Der Staatsanwaltsvertreter Dr. Schulte erklärte nach der Vernehmung der Schloßherrn in seinem Plaidoyer den Wahrheitsbeweis für nicht erbracht und beantragte, da der Angeklagte Müller noch vor 14 Tagen 75 Mt. Geldstrafe in einer ähnlichen Sache erhalten habe, eine Gefängnisstrafe von 3 Wochen. Der § 188 Wahrung berechtigter Interessen wurde Müller aberkannt, trotzdem er Bevollmächtigter des Metallarbeiter-Verbandes war. Das Urteil lautete auf 2 Wochen Gefängnis und Bekannngabe des Urteilstenors im Sferlohrer Kreis- und Landesgericht. In der Gundlach'schen Klagesache ist die erwähnte inkriminierte beleidigende Äußerung interessant, daß Gundlach in Beziehung auf den Gendarmen Rose behauptet hat, Rose sei bei Brenscheidt besoffen gewesen und habe sich von dem Fabrikanten Hufemann traktieren lassen. Die Sache hat sich folgendermaßen zugetragen. Während der Aussperrung brachte das scharfmacher-national-miserable Tageblatt einen hunds-gemeinen Artikel gegen den Hilfssekretär Steinamp. In demselben wurde Steinamp vorgeworfen, er habe am Dibaahnhof einen Gendarmen traktieren wollen, um von demselben etwas zu erfahren. Wie so viele andere, war auch diese Behauptung völlig aus den Fingern gefogon. Der Kollege Gundlach stellte demgegenüber in einer Versammlung fest, daß nicht Arbeiterführer, sondern Gendarmen sich von den Fabrikanten traktieren ließen und deren Dienste verrichteten. So habe der Gendarm Rose z. B. besonders interessant war es, daß der Zeuge, Fabrikant Hufemann zugab, bann und wann dem Gendarmen Rose ein Glas Bier und auch wohl ein Schnitzmesser traktiert zu haben! Der Wirt Brenscheidt wollte Rose nach nicht besoffen gesehen haben. Auch hier fand der Vertreter des Staatsanwalts den Wahrheitsbeweis nicht für erbracht und beantragte 100 Mark Geldstrafe eventuell 20 Tage Haft. Das Gericht erkannte demgemäß. Vor der hageren Strafkammer hatte sich am 14. August Frau Gölcher aus Sferlohr zu verantworten. Sie soll während der Sferlohrer Aussperrung den Dreher Knips dadurch von der Arbeit abzuhalten versucht haben, daß sie sagte: „Ein Lump, der die Arbeit weghält, ist ein Lump.“ Das Sferlohrer Schöffengericht hat die Angeklagte feinerzeit zu fünf Tagen Gefängnis verurteilt. Die Angeklagte bestritt, die inkriminierte Äußerung getan zu haben. Zwei Zeugen bestritten, daß Frau Gölcher die Äußerung getan hat; ein Gendarm bestritt, daß die Worte gefallen sind, aber daß die angeklagte Frau die inkriminierte Äußerung getan hat, das kann er (der Gendarm) nicht behaupten. Nur der Arbeitswillige Knips behauptete eiblich, daß die Frau Gölcher „beleidigende Worte“ gebraucht habe. Auf Grund dessen erfolgte die Verurteilung der Berufung. So muß dem eine Frau auf Grund der Aussage eines Arbeitswilligen wegen angeblicher Streitrecherbeleidigung fünf Tage hinter schwebigen Gabeln zubringen!

**Wie die Hirsch-Dauer'schen agitieren?**  
Wurde da vor nicht langer Zeit in Freiburg i. S. ein Frauen-gewerksverein gegründet. Die Schachmeisterin, Frau Jerbitt-Berlin, hielt einen Vortrag, in dem wohl auch von kürzerer Arbeitszeit und mehr Lohn die Rede war. Die Mitglieder dieses Vereins waren nun zumeist in einer dortigen Spinnerei beschäftigt. Als der Direktor dieser Fabrik von der Gründung erfuhr, ließ er die Frauen zu sich kommen und diktierte: „Entweder austreten oder es würde ihnen gekündigt!“ Darauf haben sich die Frauen nach Berlin um Rat gewandt, was sie machen sollten. Die Antwort, die den Frauen erteilt wurde, trief von Schächmeisterin gegen die Gewerkschaften, ist aber auch ein wertvolles Dokument, wie die Hirsche die Interessen ihrer Mitglieder wahrnehmen und Agitation betreiben. Die Frau Schachmeisterin schreibt nämlich:

Berlin, den 9. August 1903.

Berlin, den 9. August 1903. Mit Bedauern habe von Ihrem Schreiben Kenntnis genommen, werde es Donnerstag dem Generalrat vorgelegt, vielleicht, daß ein Artikel zur Aufklärung im Gewerksverein veröffentlicht wird. Werte Genossin! Wäre es vielleicht angebracht, wenn Sie dem Direktor, Herrn Neumann, sowie dem Spinnmeister wöchentlich den Gewerksverein zur Verfügung stellen würden, dann könnten sich die Herren doch selbst überzeugen, daß der Unterschied zwischen Gewerksverein und Gewerkschaft genau so groß ist wie Tag und Nacht, und man Ihnen dies klar ist, werden die Herren auch sicherlich nichts mehr gegen unsere Organisation einzuwenden haben. Wir haben einen großen Teil Arbeitgeber, die nur mit Gewerksvereinen zu tun haben wollen, weil dieselben eingesehen haben, daß dann das Arbeitsverhältnis beiderseits ein zufriedenstellendes ist. Dies ist aber von den Gewerkschaften nicht zu sagen, diese wollen den Kampf bis ans Messer, wir aber wollen Ruhe und Frieden und auf gutem Wege mit den Herren Arbeitgebern verhandeln. Ich möchte Sie nur bitten, den Rat nicht zu verlieren, ebenso auch die anderen Kolleginnen, denn eine Organisation, die auf so gutem (!) Fundament und so gesundem (!) Grundfelsen aufgebaut, wird sich überall Bahn brechen. In der Hoffnung, daß sich alles zum Besten wenden möge, zeichnet grüßend

Ihre G. Jerbitt, Schachmeisterin.

Als, der Unternehmer droht, die Arbeiterinnen wegen Zugehörigkeit zu entlassen. Was tut der Gewerksverein? Anstatt die Interessen der Beteiligten energisch zu wahren, empfiehlt er, gegen die Gewerkschaften zu gehen. Er rät den Arbeiterinnen, durch Berichtigungen gegen Andersdenkende den Unternehmer zur Anerkennung des Gewerksvereins zu gewinnen. Das nennt man dann in der Gewerksvereinsprache „neutral“. Das nennt man die Interessen der Mitglieder wahrnehmen. Das nennt man dann anpländliche Agitation! Und mit solchen Elementen muß man sich herumschlagen.

**Der Deutsche Holzarbeiterverband**

hat bekanntlich die Beiträge zwecks Einführung der Arbeitslosen-unterstützung auf 40 Pf. erhöht. Über das Resultat schreibt jetzt der Vorstand zur vorliegenden Quartalsabrechnung: „Die vorliegende Abrechnung für das erste Quartal dieses Jahres schließt mit 618 Mitgliedern und 7532 Mitgliedern ab, welche Zahlen gegen das vorhergehende Quartal ein Mehr von acht Zahlstellen und 4401 Mitgliedern, gegen das erste Quartal 1902 aber ein Mehr von 23 Zahlstellen und 6769 Mitgliedern bedeuten. Die Summe der gezahlten Wochenbeiträge erreichte mit 22.554 Mt. den höchsten Stand, solange der 25-Pf.-Beitrag in Geltung war. Bis dahin war der Höchstbetrag im vierten Quartal 1900 mit 207.446 zu verzeichnen gewesen. Im vierten respektive ersten Quartal 1902 betrug die Summe 200.039 Mt. respektive 192.202 Mt. Die Gesamtbilanz schließt mit einer Reinerlösmasse von 60.682 Mt. gegenüber einer solchen von 59.339 Mt. im vierten, respektive 55.091 Mt. im ersten Quartal des Vorjahres. Im ganzen genommen kann der Abschluß des letzten Quartals dieses Jahres als ein recht erfreulicher bezeichnet werden, beweist er doch deutlich das Fortwärtsschreiten des Verbandes, das in Bezug auf die Mitgliederzahl auch im zweiten Quartal, trotz der erfolgten Beitragserhöhung, noch angehalten hat.“

Die Befürchtungen, daß die mit der Einführung der Arbeitslosenunterstützung verbundene Beitragserhöhung dem Verband einen Rückschlag geben würde, haben sich wie ähnliche frühere Prophezeiungen wieder einmal nicht erfüllt. Mögen alle Verbandsmitglieder aus dieser erfreulichen Tatsache neuen Mut schöpfen zu neuer, intensiver Agitation.“

**Schon die „Gefährdung“ der öffentlichen Ordnung und Sicherheit genügt zum polizeilichen Einschreiten gegen Streikposten!**

Weil sie einer „zur Erhaltung der öffentlichen Sicherheit, Ordnung und Leichtigkeit des Verkehrs ergangenen polizeilichen Aufforderung“ nicht gefolgt seien, waren die Kohrleger G. und W. zu Berlin wegen Vergehens gegen die berichtigte Bestimmung aller Straßenpolizeiverordnungen, die das mit Strafe bedroht, angeklagt und in erster Instanz auch zu Geldstrafen verurteilt worden. Zur Zeit des Kohrlegerstreiks hielten sich die Angeklagten vor dem Hause Auguststraße 51 auf, um die Kohrleger zu beobachten, welche dort in einer Werkstatt arbeiteten. Ein Polizeiwachtmeister forderte sie auf, weiter zu gehen. Nach seinen Befehlingen sollen einige Tage vorher Meinungen zwischen Streikenden und Arbeitswilligen vorgekommen sein und er will eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung befürchtet haben, falls sich die Streikposten wieder in der Nähe aufhielten. Die Angeklagten traten nur vom Bürgersteig herunter und erklärten dem Beamten, Streikpostenstreifen sei erlaubt.

Die Angeklagten legten gegen das Schöffengerichtsurteil Berufung ein und das Landgericht sprach sie darauf auch frei. Es sei weder die Ordnung und Sicherheit noch der Verkehr gestört worden. Zu dem bloßen Hin- und Hergehen, auch wenn es zu zweien geläufige, könne weder eine Belästigung noch eine Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung gesehen werden.

Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein und wandte sich dagegen, daß der Richter die Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit von streifenpolizeilichen Anordnungen nachprüfe. Das sei nicht Sache des Richters. Es müsse dem pflichtgemäßen Ermessen des Beamten überlassen bleiben, darüber zu entscheiden, ob im gegebenen Falle zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung ein polizeiliches Einschreiten erforderlich sei oder nicht. Aber solchen Anordnungen nicht Folge leisten, wäre unbedingt zu bestrafen, abgesehen von den Fällen, wo dem Beamten direkt Willkür nachzuweisen wäre.

Der Vertreter der Angeklagten erwiderte, daß das Kammergericht bereits entschieden habe, daß der Richter die Zweckmäßigkeit polizeilicher Anordnungen nachzuprüfen habe. Eine Störung der Ruhe, Ordnung und Leichtigkeit des Verkehrs sei hier nicht zu befürchten gewesen.

Der Oberstaatsanwalt am Kammergericht betonte, daß das Landgericht von ganz falschen Voraussetzungen ausgehe. Es spreche davon, daß weder eine Störung der Ordnung und Sicherheit, noch eine solche des Verkehrs durch das Auf- und Abgehen der Angeklagten bewirkt worden sei. Darauf komme es aber gar nicht an; eine bloße Gefährdung der Sicherheit und Ordnung und Leichtigkeit des Verkehrs würde das polizeiliche Einschreiten schon rechtfertigen.

Das Kammergericht hob die Vorentscheidung auf und verwies die Sache zu nochmaliger Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht zurück. Der Senat stellte sich auf den Standpunkt des Oberstaatsanwaltes, indem er ausführte, der Vorberrichter habe übersehen, daß schon eine „Gefährdung“ der Sicherheit, Ordnung und Leichtigkeit des Verkehrs genügen würde, die Fortweitung der Angeklagten zu rechtfertigen, und daß nicht erforderlich sei, daß die Störung schon vorliege.

Diese Entscheidung des Kammergerichtes steht in direktem Gegensatz zu einem früher gefällten Urteil gegen einen Tischler (vergleiche Nr. 30 der Metallarbeiter-Zeitung).

**Eine Musterleistung.**

Die Firma Schuppel & Günther in Burghardtsdorf, bei der die Nadelmacher streifen, sucht um jeden Preis Arbeiter. Dies glaubt sie erreichen zu können mit folgendem „Arbeitsvertrag“: „Ich verpflichte mich, morgen (!) in der Nadelfabrik von Schuppel & Günther als Nadelmacher einzutreten, die Firma Schuppel & Günther ist verpflichtet (!), mich anzunehmen. Der Vertrag gilt vorläufig sechs Monate fest, dann gilt vierteljährig Kündigung. Auf Vertragsbruch steht eine dem anderen Teile zuzumehnde Vertragsstrafe von 150 Mt. (hundertfünfzig Mark).“ Das ist wirklich eine Musterleistung. Der Arbeiter wird verpflichtet, „morgen“ anzukommen, und der Unternehmer, den Arbeiter anzunehmen. Aber auf die Idee, sagt die Chemiker Volksstimme, wäre Herr Schuppel nicht gekommen. „Herr Peter Braun, früher sozialdemokratischer Redakteur (an der Burghardtsdorfer Volksstimme), jetzt Prokurist und Hauptmacher bei Schuppel & Günther, hat den Vertrag niedergeschrieben. Als sozialdemokratischer Redakteur hätte der Herr, genau so wie sie es tun, auf das nachdrücklichste betont, daß es geradezu ein Skandal sei, Arbeiter auf eine solche Art an einen Betrieb zu fesseln. Jetzt macht Herr Braun derartige Unternehmerpatente mit, ja er gibt aller Wahrscheinlichkeit nach die Anregung dazu. Wenn wir Zeit finden, suchen wir einmal in alten Zeitungsbinden nach, wie Herr Braun solche Dinge früher beurteilt hat, und geben dann unseren Lesern Proben davon.“ Man sieht hier wieder, daß ehemalige Sozialdemokraten immer die ärgsten Arbeiterfeinde werden. — In einem zweiten Schriftstück, das keine Unterschrift trägt, heißt es:

„In den ersten vier Wochen können Sie auf einen Verdienst von etwa 5 Mt., in den zweiten vier auf etwa 9 bis 10 Mt. und in den dritten vier Wochen auf einen Verdienst von 10 bis 13 Mt. rechnen.“ Diese Löhne würde Herr Peter Braun vor zehn Jahren als Hungerlöhne bezeichnet haben. Heute werden sie den Arbeitern als etwas Begehrenswertes hingestellt. Eine Konventionalstrafe von 150 Mt. können die Unternehmer bei solchen Löhnen jedenfalls nicht erwarten.

**Vom Ausland.**

**Österreich.**

Der Bericht der Gewerbeinspektoren für das Jahr 1902 ist jöber erschienen. Seitdem die Aufsichtsbeamten sich von der alten Schule emancipierten, enthalten ihre Berichte eine Fülle von Tatsachenmaterial, das für die Beurteilung der so ungemein traurigen Lage der Arbeiterklasse unseres Landes und für die Rückständigkeit der österreichischen Sozialpolitik sehr wertvoll ist. Insbesondere der letzte Bericht zeichnet sich durch größere Offenherzigkeit aus und tritt das Bestreben immer inniglicher zu tage, die Dinge beim richtigen Namen zu nennen. „Die Arbeitslosigkeit erreicht in manchen Gegenden einen beängstigenden Umfang. Die selten sich bietenden Arbeitsgelegenheiten kommen naturgemäß den jüngeren gefunden Arbeitskräften zu flatten, während die älteren oder solche Arbeiter, die infolge langjähriger antrengender Tätigkeit oder durch Krankheiten einen Teil ihrer Leistungsfähigkeit eingebüßt hatten, vergeblich nach Verdienst suchen. In dieser Zeit der bittersten Not wurde der Mangel einer Alters- und Invaliditätsversicherung wohl doppelt empfindlich fühlbar.“ Mit diesen Worten charakterisiert der Bericht die wirtschaftliche Lage des Berichtsjahres. Sie sind aber auch eine scharfe und ziemlich unverblümte Beurteilung der Zustände der österreichischen Staatslenker auf dem Gebiet der sozialen Reform. Die Inspektoren haben 17680 Inspektionen in 16733 Betrieben vorgenommen. Die Gesamtzahl der unfallversicherungspflichtigen Betriebe betrug 97362, der fabrikmäßigen 11954 mit 773365 Arbeitern. Die Aufsichtsbeamten erfaßten 534 Anzeigen. Sie klagen auch diesmal darüber, daß die zuständigen Behörden nicht streng genug gegen die die Gesetze übertretenden Unternehmer vorgehen. Die Inspektoren erhielten Kenntnis von insgesamt 58060 in gewerblichen Betrieben vorgekommenen Verletzungen, von welchen 479 = 0,8 Prozent den Tod der Betroffenen zur Folge hatten. Bezeichnend für die Haft, mit der in der Metallindustrie gearbeitet werden muß und für die Unzulänglichkeiten



haus 76. Koblenz 180. Höhe 80. Adstrath 100. Mittern...

Table with 2 columns: Category (Einnahmen, Ausgaben, Kassenbestand) and Amount (M.).

C. Wutenth, Hauptkassierer.

Literarisches.

Die preussischen Landtagswahlen. Herausgegeben im Auf...

Gruppenbild der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Verbands-Anzeigen.

Mitglieder-Versammlungen.

- List of meetings for various regions: Aalen, Altona, Albstadt, Augsburg, Bamberg, Bayreuth, Berlin, etc.

bild (Kartongröße 57 x 77 Centimeter) herausgegeben. Der Einzel...

Ratgeber für Arbeiter, eine Zusammenstellung der wichtigsten Bestimmungen...

Briefkasten.

J. L. Düsselberg. Sie sagen uns gar nichts neues, denn es...

Mitteilungen des Verlags.

Job. Friede, Berlin Nr. 65. Ihre Karte traf leider zu spät...

Inhalt von Nr. 35.

Die deutschen Gewerkschaftsorganisationen im Jahre 1902. Der Rückgang der Metall- und Maschinenindustrie...

Alexander Schlicke & Co. Stuttgart, Rötterstrasse 16B. Die Buchdruckerei des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes...

Das geometrische Zeichen und die Projektionslehre als Grundlage der technischen Zeichnung.

Patent-Zigaretten. u. Techn. Bureau W. Westenhof...

Zigarren! Reichste, billigste Bezugsquelle! Keine Sorte...

Scherms Reisehandbuch für wandernde Arbeiter. Herausgegeben von J. Scherm...

Südtiger Schloffer. auch mit Maschinenschloß. Südtiger Schnitzschloffer...

Gzollek & Gaballe. Unter den Linden Berlin. Spezialität: französische...

Eug. Karecker, Lindenl. Bismarckstr. 71A. Ein guter Ziehharmonikaspeler werden Sie...